

# *Jahresabschluss und Lagebericht 2015*

[www.ibb.de](http://www.ibb.de)

---

# Inhaltsverzeichnis

---

Lagebericht	3
Grundlagen	3
Unternehmensmodell und Geschäftsstrategie	4
Unternehmensstruktur	5
Steuerungssysteme der Bank	5
Wirtschaftsbericht	6
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	6
Geschäftsverlauf	8
Lage der Bank	9
Ertragslage	9
Vermögenslage	12
Finanzlage, Kapitalstruktur und Liquidität	13
Nachtragsbericht	15
Prognose-, Chancen- und Risikobericht	15
Prognose- und Chancenbericht	15
Risikobericht	20
Jahresabschluss	33
Bilanz zum 31. Dezember 2015	33
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.12.2015	35
Anhang für das Geschäftsjahr 2015	37
Allgemeine Angaben	37
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	37
Grundsätze der Währungsumrechnung	38
Erläuterungen zur Bilanz	39
Erläuterungen zu einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung	47
Sonstige Angaben	49
Organe der Investitionsbank Berlin	53
Mandate der Mitglieder des Vorstands der Investitionsbank Berlin	54
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	55
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	56
Impressum	57

Der hier wiedergegebene Jahresabschluss für die Investitionsbank Berlin (Einzelabschluss) ist nach handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Daneben hat die Investitionsbank Berlin zum 31. 12. 2015 auch einen Konzernabschluss auf Grundlage der International Financing Reporting Standards (IFRS) erstellt, den Sie ebenfalls auf den Internetseiten der Investitionsbank Berlin finden.

# Lagebericht

---

## Grundlagen

Die Investitionsbank Berlin (IBB), Anstalt öffentlichen Rechts, ist die Förderbank des Landes Berlin. Träger der IBB ist das Land Berlin. Auf der Grundlage des IBB-Gesetzes vom 25.05.2004 unterstützt sie das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben. Die Aufgaben der IBB fallen unter die Grundsätze der EU-Kommission für die Geschäftstätigkeit von Förderinstituten (Absprache der Bundesrepublik mit der EU-Kommission vom 27.03.2002, der so genannten Verständigung II).

Das übergeordnete Unternehmensziel definiert sich durch den gesetzlich verankerten Förderauftrag, in dessen Rahmen das Wirtschaftswachstum der Hauptstadt forciert wird, bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen, ein Beitrag zur Wohnraumförderung geleistet und das Land bei der Erreichung der Klimaschutzziele unterstützt wird.

Die Bank stellt unter Beachtung der EU-beihilferechtlichen Vorschriften Finanzmittel bereit bzw. führt Fördermaßnahmen auf den Gebieten der Wirtschafts- und Wohnungsbauförderung, des Klimaschutzes und der Infrastrukturförderung sowie auf weiteren gesetzlich festgelegten Gebieten durch. Dabei agiert sie wettbewerbsneutral in Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken und Risikokapitalgebern. Sie verfügt über ein breites Förderproduktportfolio und bietet revolvingende Instrumente in Form von Darlehen, Mezzanine Kapital sowie Beteiligungen an. Darüber hinaus bietet sie Zuschussprogramme sowie Beratungsleistungen an.

Die IBB refinanziert sich an den Geld- und Kapitalmärkten und setzt Mittel aus öffentlichen Haushalten des Landes, des Bundes und der EU ein. Sie verfügt über eine Anstaltslast, eine Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin und eine Privilegierung nach Artikel 116 Abs. 4 CRR (früherer Solva-O-Status) sowie über ein Institutsrating der Ratingagentur Fitch mit der bestmöglichen Bonitätsstufe „AAA“.

## Unternehmensmodell und Geschäftsstrategie

Das übergeordnete Unternehmensziel der IBB definiert sich durch den gesetzlich verankerten Förderauftrag. Die IBB-Gruppe verfolgt in Umsetzung ihres Förderauftrages das folgende Geschäftsmodell:

- Förderung der Berliner Wirtschaft, von Wohnimmobilien und Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen von revolvingierenden Finanzinstrumenten/Darlehen, Mezzaninen Finanzierungen, Beteiligungen, Bürgschaften und Zuschüssen sowie Beratungsleistungen.
- Die IBB übernimmt als Dienstleister des Landes Berlin darüber hinaus weitere Aufgaben für das Land Berlin.
- Effizientes und kostenbewusstes Management der Darlehensbestände, insbesondere aus der Immobilienförderung des Landes Berlin/der IBB.
- Erwirtschaftung von Erträgen zur Unterstützung der Förderaufgaben, die im Rahmen des Berlin-Beitrags mit dem Land jährlich abgestimmt und abgerechnet werden.
- Grundsatz der Geschäftspolitik ist, dass die Risikotragfähigkeit stets gegeben ist.

In der dokumentierten Geschäftsstrategie ist die langfristig ausgelegte Unternehmenspolitik für die IBB dargelegt. Um den langfristigen Erfolg der Bank sicherzustellen, ist die Geschäftsstrategie unter Beachtung der existierenden Rahmenbedingungen sowie der verfügbaren Ressourcen auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Dabei werden unter Berücksichtigung externer und interner Einflussfaktoren Ziele für die Gesamtbank sowie ihre drei Geschäftsfelder festgelegt und Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele definiert.

Die Geschäftsstrategie setzt sich aus mehreren Teilen zusammen: Im allgemeinen Teil werden insbesondere die Ziele und Maßnahmen sowie das Governance-Framework der IBB dargelegt. Ziele sind insbesondere die Erfüllung des Förderauftrags und die nachhaltige Aufstellung der Bank unter Risiko-Ertrags-Gesichtspunkten.

Im zweiten Teil werden die Teilstrategien der drei Geschäftsfelder Wirtschaftsförderung, Immobilien- und Stadtentwicklung sowie Bankbuch behandelt. Im Geschäftsfeld Wirtschaftsförderung erfolgt die Beratung zu den Wirtschaftsförderprodukten sowie deren Vertrieb. Zielgruppen sind insbesondere Existenzgründer, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie innovative Unternehmen, die in den Berliner Zukunftsfeldern agieren. Im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung erfolgt der Vertrieb der Immobilienförderprodukte im Rahmen der förderpolitischen Zielsetzung des Landes. Zielgruppen sind insbesondere städtische und private Wohnungsgesellschaften, Wohnungsgenossenschaften, Privatinvestoren, Eigenheimbesitzer, Wohnungseigentümergeinschaften sowie Geschäftsbanken. Das Geschäftsfeld Bankbuch dient der Erfüllung der Förderaufgaben der IBB, indem es für das Management der Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken des Fördergeschäfts zuständig ist. Darüber hinaus hat das Bankbuch ein angemessenes Liquiditätsportfolio zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Bank sowie zur Einhaltung aufsichtsrechtlicher Kennziffern ergebnisorientiert zu managen.

Inhalt des dritten Teils sind die Funktionalstrategien für die Betriebsorganisation, das Personalmanagement sowie die Unternehmenskommunikation.

Die Risikostrategie sowie die IT-Strategie sind in separaten Dokumenten fixiert. Die Risikostrategie gibt die risikoseitigen Leitplanken für die Umsetzung der Geschäftsstrategie vor, indem sie den Handlungsrahmen definiert, wie Risiken zu steuern sind. Im Rahmen der IT-Strategie wird das Ziel verfolgt, auch im Zeitalter der Digitalisierung den Förderauftrag (kosten-)effizient und sicher zu erfüllen.

## Unternehmensstruktur

Organe der IBB sind der Vorstand sowie der Verwaltungsrat. Die IBB verfügt des Weiteren über einen Beirat. Die IBB gliedert sich in vier Unternehmensbereiche, durch welche die Trennung von Markt und Marktfolge gewährleistet ist. Der Vorstand führt die Geschäfte der IBB in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung, der vom Verwaltungsrat beschlossenen Richtlinien sowie der für ihn geltenden Geschäftsordnung.

## Steuerungssysteme der Bank

Die Steuerung der Bank erfolgt nach bank- und betriebswirtschaftlich üblichen Steuerungskonzepten und -methoden. In Bezug auf ihre Geschäftstätigkeit steht für die IBB die nachhaltige Unterstützung des Landes Berlin bei struktur- und wirtschaftspolitischen Aufgaben im Vordergrund.

Als wesentliche Rahmenbedingung für die Steuerung ist die dauerhafte und nachhaltige Stärkung des Eigenkapitals der Bank festgelegt. Die IBB definiert diesen Wert als bilanzielles Eigenkapital in all seinen Komponenten zuzüglich seiner Vorsorgereserven.

Als erfolgsorientierte **Steuerungsgrößen** bzw. **finanzielle Leistungsindikatoren** der IBB dienen dabei insbesondere:

- das Neugeschäftsvolumen
- das wirtschaftliche Ergebnis
- die Förder-Cost-Income-Ratio
- die Gesamtkapitalquote.

Dem öffentlichen Förderauftrag folgend ist das **Neugeschäftsvolumen** in den Geschäftsfeldern Immobilien- und Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung eine wesentliche Kenngröße. Zur Steuerung der zukünftigen strategischen Wachstumsschritte im Fördergeschäft ermittelt die Bank das Neugeschäftsvolumen gegliedert nach Förderprogrammen.

Das Neugeschäftsvolumen beinhaltet in erster Linie alle ausgesprochenen Neuzusagen und wird durch Anschluss- und Umfinanzierungen sowie Ergänzungsfinanzierungen in bestehenden Förderengagements ergänzt.

Das **wirtschaftliche Ergebnis** ermittelt sich aus dem Jahresergebnis zuzüglich des Berlin-Beitrages. Im Berlin-Beitrag werden die für die Bank wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten abgebildet, die sie auf Wunsch des Landes Berlin durchführt. Die Steuerung des wirtschaftlichen Ergebnisses erfolgt auf Gesamtbankebene. Dabei ist die Tätigkeit der IBB primär nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Die **Förder-Cost-Income-Ratio**, unter Berücksichtigung des Berlin-Beitrages, ermittelt sich aus dem Quotienten aus operativen Erträgen und den Verwaltungsaufwendungen. Dabei beinhalten die operativen Erträge außer dem Zins- und Provisionsüberschuss das sonstige betriebliche Ergebnis inkl. der Berücksichtigung des Berlin-Beitrages.

Außer dem ökonomischen Kapital, das als maßgebliche Risikosteuerungsgröße im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung von Bedeutung ist, dient die in 2015 neu aufgenommene **Gesamtkapitalquote**, berechnet nach den Vorgaben der Capital Requirements Regulation (CRR) als Quotient von haftendem Eigenkapital und der Summe der Risikoaktiva, als weitere wesentliche Steuerungsgröße der IBB. In 2014 wurde die Kernkapitalquote zugrunde gelegt.

Für alle Kennzahlen gibt es Planwerte, die im Rahmen der Gesamtbanksteuerung regelmäßig Plan-Ist-Vergleichen unterzogen werden, sowie Szenario- und Prognoserechnungen, um entsprechende Steuerungsimpulse setzen zu können.

Außer den finanziellen Leistungsindikatoren definiert die IBB als **nichtfinanziellen Leistungsindikator** die qualitative Entwicklung ihrer Mitarbeiter. Dabei sind für den Geschäftserfolg der Bank die Leistungen aller Mitarbeiter wesentlich. Hier unterstützt die Bank ihre Mitarbeiter durch vielfältige Personalentwicklungsmaßnahmen.

Neue Entwicklungen wie die immer komplexere Bankenregulation sowie der demografische Wandel erfordern auch personell eine hohe Flexibilität. Daher investiert die Bank im Rahmen eines jährlichen Weiterbildungsprogramms in die kontinuierliche Förderung und Entwicklung ihrer Beschäftigten und qualifiziert diese für künftige Herausforderungen.

Wie in den vergangenen Jahren wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch systematisch abgeleitete Weiterbildungs- und Personalentwicklungsmaßnahmen qualifiziert. Außer fachlichen und methodischen Themen wurden auch persönliche und soziale Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestärkt. Die Beschäftigten der IBB nahmen hierbei sowohl an Qualifizierungsmaßnahmen bei externen Anbietern als auch an intern entwickelten Spezialprogrammen teil. Rechtlich relevante Themen wurden u. a. über spezielle CBT-Programme abgebildet. Im Durchschnitt investierten die Beschäftigten jeweils rund 2,5 Tage in (seminarbasierte) Weiterbildung.

In Ergänzung dazu lag im Berichtsjahr aufgrund verschiedener organisatorischer Veränderungen ein Schwerpunkt auf Maßnahmen der begleitenden Organisationsentwicklung sowie Teamentwicklung.

## Wirtschaftsbericht

### Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltproduktion expandierte 2015 in einem nur mäßigen Tempo. Allerdings gab es große regionale Unterschiede in der konjunkturellen Entwicklung. So konnte die US-Wirtschaft die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise weitgehend überwinden. Im Euro-Raum setzte sich die Erholung dagegen in einem eher moderaten Tempo fort. Im günstigen Umfeld gesunkener Energiekosten, niedriger Zinsen und eines schwachen Euro expandierte die Produktion zu langsam. In den großen Schwellenländern hat sich die Wirtschaftslage im Jahr 2015 nochmals verschlechtert. Insbesondere in China häuften sich Anzeichen für eine Verschärfung der Probleme. Der dortige Strukturwandel belastet wichtige Wirtschaftsbereiche wie Bauwirtschaft, Industrie und Außenhandel. Die russische Wirtschaft hatte mit den Folgen der Wirtschaftssanktionen zu kämpfen und Brasilien mit innenpolitischen Problemen. Beide Volkswirtschaften sind zudem vom Verfall der Ölpreise betroffen und befinden sich nach wie vor in einer tiefen Rezession. Die deutsche Wirtschaft folgte 2015 einem Wachstumspfad, der vor allem von der Binnennachfrage getragen wurde. Treibende Faktoren waren die günstige Arbeitsmarktlage und die kräftigen Zuwächse der verfügbaren Einkommen. Insgesamt ging es mit der deutschen Wirtschaft stetig aufwärts. Mit einem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes von 1,7 % blieb eine sehr kräftige Entwicklung jedoch aus. Gleichwohl setzte sich der Beschäftigungszuwachs unvermindert fort.

In Berlin blieb der wirtschaftliche Schwung auch 2015 erhalten. So dürfte das Bruttoinlandsprodukt mit voraussichtlich 2,2 % erneut stärker als der Bundesdurchschnitt gewachsen sein. Allerdings verlief die Entwicklung etwas wechselhafter als im Vorjahr. Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit der finanzpolitischen Situation im Euroraum, geopolitische Krisen im Nahen Osten und Sorgen über die Entwicklung wichtiger Schwellenländer wirkten zeitweilig auch auf die Berliner Wirtschaft dämpfend. Hier ist außer der schleppenden konjunkturellen Entwicklung in China insbesondere der Konflikt Russlands mit seinen Nachbarn zu nennen.

Der Berliner Arbeitsmarkt profitierte 2015 wieder stark vom expandierenden Dienstleistungsbereich. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm in Berlin um knapp 42.000 (+ 3,3 %) mit einem deutlich über dem Bundestrend liegenden Tempo zu (+ 2,0 %). Die Zahl der Arbeitslosen lag im Jahresdurchschnitt 2015 mit knapp 195.000 deutlich unter dem Vorjahreswert (-4,0 %).

Der Konsum profitierte in Berlin auch 2015 von der dynamischen Bevölkerungsentwicklung, der stark wachsenden Erwerbstätigkeit und den steigenden Einkommen. Hinzu kommt der im vergangenen Jahr erneut stark wachsende Berlinitourismus. Die Besucher der deutschen Hauptstadt erwiesen sich erneut als eine starke Stütze der Konjunktur. Vor allem im Berliner Handel und im Gastgewerbe sorgten die zahlreichen Berlinbesucher für kräftig steigende Umsätze. Im Jahr 2015 setzten Handel und Gastgewerbe deutlich mehr als im Vorjahr um. Vor allem der Handel legte in der Hauptstadt mehr als doppelt so stark wie im Bundesdurchschnitt zu.

Sehr gute Umsatzergebnisse erzielten 2015 auch die unternehmensnahen Dienstleistungen. Insbesondere der für Berlin wichtige Bereich Verkehr hat sich gut entwickelt. Einen großen Anteil daran haben die Post und die Kurierdienste. Aber auch die Wach- und Sicherheitsdienste konnten im Zuge der Flüchtlingsbewegung stark zulegen. Hochwertige Stellen wurden 2015 überwiegend im Bereich Informationsdienstleistungen geschaffen. Dieser für Berlin impulsgebende Bereich wächst seit Jahren überdurchschnittlich stark.

Positive Konjunkturimpulse kamen 2015 auch von der Berliner Industrie. So verzeichneten die Unternehmen im vergangenen Jahr trotz einiger Rückschläge eine robuste Umsatzsteigerung. Dabei legte das Inlandsgeschäft überproportional zu. Allerdings ist der Ausblick für die Berliner Industrie nicht ganz so optimistisch, denn das Volumen der Auftragseingänge lag im vergangenen Jahr spürbar unter dem Vorjahresniveau.

Die Berliner Exporte stiegen im vergangenen Jahr – ungeachtet des mäßigen Tempos der weltwirtschaftlichen Expansion – vor allem aufgrund der dynamischen Nachfrage aus den USA und dem Nahen Osten. Wesentlichen Anteil daran hatte die Abwertung des Euro. Für das Jahr 2016 muss allerdings mit einer leicht schwächeren Außenhandelsdynamik gerechnet werden. Zwar stützt nach wie vor der günstige Eurokurs auch die Berliner Exporte. Risiken bestehen jedoch aufgrund der Unsicherheit in vielen Schwellenländern und der bereits seit Monaten stark rückläufigen Industriebestellungen.

Die Zahl der zum Bau genehmigten Wohnungen lag 2015 erneut über dem Ergebnis des Vorjahres. Insbesondere die Zahl der zum Bau genehmigten Wohnungen aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, z. B. Dachgeschossausbau, Aufstockungen oder Umwandlung von Gewerberäumen, hat 2015 enorm zugelegt. Auch die Zahl der Genehmigungen für den Neubau von Wohnungen ist 2015 erneut gestiegen. In der Regel kann davon ausgegangen werden, dass zwischen dem Zeitpunkt der Genehmigung und der Fertigstellung mehrere Jahre vergehen. Aufgrund der gestiegenen Baugenehmigungszahlen in den letzten Jahren hat sich der Bauüberhang deutlich erhöht. Der Bauüberhang umfasst alle genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen und wird nach Baufortschritt unterschieden. Der Bauüberhang hat sich im Zeitraum 2012 bis 2015 nahezu verdoppelt. Alles in allem wurden 2015 deutlich mehr Wohnungen als im Vorjahr fertiggestellt.

In der Bauwirtschaft war die Stimmung 2015 insgesamt wieder sehr optimistisch. Dazu beigetragen hat vor allem das anhaltende Niedrigzinsniveau, ausgelöst durch die expansiven Maßnahmen der Europäischen Zentralbank. Seit März 2015 kauft das ESZB im Rahmen des APP (expanded asset purchase program) außer ABS (asset-backed securities) und Pfandbriefen auch Anleihen staatlicher Emittenten. Um zusätzlichen Spielraum zur Abwicklung der Käufe zu erhalten, war deshalb im Juli und Dezember die Liste der staatlichen Emittenten erweitert und im September das Emissionslimit von 25 % auf 33 % angehoben worden.

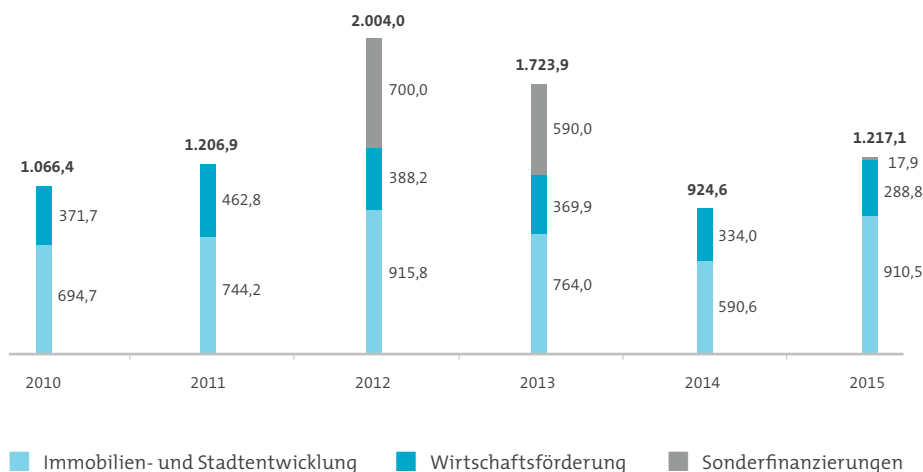
Mit jeder Rücknahme des Einlagensatzes senkt die EZB zugleich die an den Erwerb geknüpfte Mindestrenditeanforderung. Dieser war bereits im Dezember um 10 Basispunkte auf -0,3 % gesenkt worden. Der Tendersatz lag 2015 konstant bei 0,05 %. Auf diesem Niveau liegt er bereits seit September 2014. In Kombination mit einer starken Nachfrage nach deutschen Staatsanleihen führte dies 2015 zu weiterhin niedrigen Pfandbriefrenditen, die auch als Orientierung für die Entwicklung der Zinsen für Bankkredite gelten.

### Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2015 entwickelte sich für die Bank trotz unveränderter Niedrigzinsphase und damit sinkender Vorteile von Förderdarlehen positiv.

Insgesamt bewilligte die IBB in 2015 in der Wirtschafts- und Immobilienförderung Darlehen, Avale und Zuschüsse in Höhe von 1.217,1 Mio. Euro.

### Entwicklung des Neugeschäftsvolumens für Darlehen, Avale und Zuschüsse in Mio. Euro



Im Geschäftsfeld **Immobilien- und Stadtentwicklung** hat die IBB als gefragter Partner der Berliner Immobilien- und Wohnungswirtschaft 2015 Finanzierungszusagen inklusive Sonderfinanzierung in Höhe von 928,4 Mio. Euro (Vorjahr 590,6 Mio. Euro) realisiert. Damit hat sich der Wert im Vergleich zum Vorjahr deutlich stärker als prognostiziert erhöht.

Im Geschäftsjahr hat die Förderung des Wohnungsneubaus eine hohe Aufmerksamkeit erfahren. Insgesamt wurden Darlehen in Höhe von 119,4 Mio. Euro (Vorjahr 21,6 Mio. Euro) zugesagt. Besonders nachgefragt waren mit 52,5 Mio. Euro (Vorjahr 4,5 Mio. Euro) die öffentlichen Baudarlehen im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung des Miet- und Genossenschaftswohnungsbaus (WFB 2014) als auch ergänzende Förderfinanzierungen in Höhe von 52,9 Mio. Euro (Vorjahr 7,1 Mio. Euro).

Im Rahmen des Programms „Berlin Infra“ hat die IBB Infrastrukturinvestitionen von kommunalen Unternehmen in Höhe von 73,9 Mio. Euro (Vorjahr 78,7 Mio. Euro) begleitet. Durch eine intensive Zusammenarbeit mit Geschäftsbanken konnte die IBB durch die Vergabe von attraktiven Konsortialfinanzierungen (154,6 Mio. Euro, Vorjahr 52,0 Mio. Euro) Investitionen in Wohnimmobilien mittelbar fördern.



Darüber hinaus unterstützt die IBB bestehende Förderengagements mit individuellen und bedarfsgerechten Finanzierungskonzepten. Durch Anschluss- und Umfinanzierungen sowie Ergänzungsfinanzierungen zur Schließung von Finanzierungslücken wurden bei Inanspruchnahmen aktueller Förderprodukte Bewilligungen in einer Gesamthöhe von 440,3 Mio. Euro ausgesprochen, der Vorjahreswert (256,6 Mio. Euro) wurde somit deutlich übertroffen.

Im Geschäftsfeld **Wirtschaftsförderung** wurden im Berichtsjahr, einhergehend mit sehr hohen Stückzahlen, Finanzierungszusagen für Darlehen, Avale und Zuschüsse in Höhe von 288,8 Mio. Euro (Vorjahr 334,0 Mio. Euro) ausgesprochen und somit wurde ein gutes Ergebnis erzielt.

Bei Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft war insbesondere das IBB-Wachstumsprogramm erneut stark nachgefragt. Für größere Investitionen und Unternehmenserweiterungen, Um-, Anschluss- sowie Sockelfinanzierungen konnte die IBB ein Kreditvolumen in Höhe von 125,0 Mio. Euro bereitstellen und somit den Vorjahreswert (110,3 Mio. Euro) noch einmal steigern.

Einen weiteren wichtigen Anteil am Jahresergebnis hat die Technologieförderung mit dem Programm Pro FIT. Im Berichtsjahr wurden Darlehen und Zuschüsse in einer Gesamthöhe von 41,9 Mio. Euro (Vorjahr 37,5 Mio. Euro) zur Unterstützung von Forschung, Entwicklung und Innovationen in den Clustern Informations- und Kommunikationstechnik/Medien/Kreativwirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Verkehr, Mobilität und Logistik sowie Energietechnik und Optische Technologien zugesagt.

Mit Bewilligungen in Höhe von 61,7 Mio. Euro konnte das Förderprogramm „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) erwartungsgemäß nicht das im Zuge der endenden EU-Förderperiode erzielte Rekordergebnis des Vorjahres (122,2 Mio. Euro) erreichen. Dennoch nutzten im Geschäftsjahr mehr Berliner Unternehmen als im Rekordjahr diese attraktiven Zuschussmittel für gewerbliche Investitionen und leisteten somit einen wichtigen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen.

## Lage der Bank

### Ertragslage

Insgesamt verlief das Geschäftsjahr 2015 für die IBB sehr erfreulich. Neben dem guten operativen Geschäft hat die Bank in einem durch Sondereffekte geprägten Jahr ein **wirtschaftliches Ergebnis** in Höhe von 110,1 Mio. Euro erreicht. Das Ergebnis des Vorjahres (58,8 Mio. Euro) und der Wert der operativen Planung wurden deutlich überschritten.

Die Ertragslage der IBB wird durch die nachfolgende Ergebnisrechnung verdeutlicht. In dieser werden wie im Vorjahr einzelne in der handelsrechtlichen GuV-Rechnung ausgewiesene Beträge nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten umgliedert bzw. ergänzt.

- Hiervon betroffen sind **Bewertungseffekte** aus der Amortisierung von Kursaufschlägen
- bei hochverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 22,0 Mio. Euro (Vorjahr 14,9 Mio. Euro). Diese wurden ökonomisch sachgerecht in das Zinsergebnis umgliedert.
- Des Weiteren sind Aufwendungen der IBB, die dem Land als **Berlin-Beitrag** im Sinne einer Vorabausschüttung zur Verfügung gestellt werden, betroffen. In diesem Zusammenhang werden Teile des GuV-Postens „sonstige betriebliche Aufwendungen“ (14,3 Mio. Euro, Vorjahr 15,9 Mio. Euro) und der Risikovorsorge (2,9 Mio. Euro, Vorjahr 2,3 Mio. Euro) ebenso als Berlin-Beitrag berücksichtigt wie die unentgeltlich erbrachten Leistungen der IBB (14,4 Mio. Euro, Vorjahr 14,7 Mio. Euro), die ausschließlich kalkulatorisch einfließen. Diese nicht aufwandswirksamen Leistungen werden in der Ergebnisrechnung als betrieblicher Ertrag und zusätzlich als Berlin-Beitrag abgebildet.

in Mio. Euro	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Zinsüberschuss	129,8	134,3	-4,5	-3,4
Provisionsüberschuss	4,6	6,0	-1,4	-22,9
Sonstiges betriebliches Ergebnis	67,1	10,4	56,7	542,9
<b>Operative Erträge</b>	<b>201,6</b>	<b>150,8</b>	<b>50,8</b>	<b>33,7</b>
Verwaltungsaufwand	-81,3	-83,4	2,0	2,4
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis</b>	<b>120,2</b>	<b>67,4</b>	<b>52,8</b>	<b>78,3</b>
Risikovorsorge/Bewertungsergebnis	-10,2	-8,6	-1,5	-18,0
<b>Wirtschaftliches Ergebnis</b>	<b>110,1</b>	<b>58,8</b>	<b>51,3</b>	<b>87,2</b>
Berlin-Beitrag	-31,6	-32,9	1,3	4,1
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>78,5</b>	<b>25,9</b>	<b>52,6</b>	<b>203,1</b>

#### Operative Erträge

Der **Zinsüberschuss** liegt mit 129,8 Mio. Euro zwar moderat unter dem Vorjahr (134,3 Mio. Euro), entwickelte sich jedoch aufgrund kurzfristig vorteilhafterer Refinanzierungskonditionen weniger rückläufig, als angesichts des weiterhin niedrigen Zinsniveaus und der damit u. a. einhergehenden starken Belastungen aus Barwerterhöhungen von Pensionsrückstellungen erwartet worden war. Vor allem Sondereffekte im Zusammenhang mit außerplanmäßigen Tilgungen im Förderkreditgeschäft haben das Zinsergebnis über den Planwert gehoben.

Der **Provisionsüberschuss** (4,6 Mio. Euro, Vorjahr 6,0 Mio. Euro) ist maßgeblich von Entgelten für die Bearbeitung von Bürgschaften und Zuschüssen der Immobilienförderung geprägt. Erwartungsgemäß werden die Vorjahreswerte aufgrund auslaufender Förderungen in 2015 unterschritten, die Planwerte wurden nahezu erreicht.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** wurde im Berichtsjahr durch Sondereffekte aus der Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen positiv beeinflusst. Mit Änderungsvertrag vom 22. Dezember 2015 mit dem Land Berlin konnte die Rückstellung für die bedingt rückzahlbaren Zuwendungen für die VC Fonds in Höhe von 40,1 Mio. Euro aufgelöst werden. Die Aufhebung der bedingten Rückzahlungspflicht erstreckt sich auch auf die in 2015 erhaltenen Zuschüsse für die VC Fonds in Höhe von 12,5 Mio. Euro. Es ist vorgesehen, den Gesamtbetrag von 52,6 Mio. Euro zur Eigenkapitalstärkung vollständig zu thesaurieren und der Zweckerücklage der IBB zuzuführen.

Damit übersteigt das Ergebnis sowohl deutlich die Vorjahreswerte als auch die Planwerte.

#### Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand, der außer dem Personal- und Sachaufwand auch die Abschreibungen auf das Anlagevermögen umfasst, ist gegenüber dem Vorjahr um 2,4 % auf -81,3 Mio. Euro (Vorjahr -83,4 Mio. Euro) gesunken.

Der Personalaufwand (-49,1 Mio. Euro, Vorjahr -48,5 Mio. Euro) entwickelte sich insgesamt planmäßig.

Eine hohe Kostendisziplin, verbunden mit partiellen Verschiebungen von Projekten nach 2016, reduzierte den Sachaufwand um 3,2 Mio. Euro auf –27,9 Mio. Euro (Vorjahr –31,2 Mio. Euro). Damit liegt der Sachaufwand unter den operativen Planwerten. Zusätzlicher größter Belastungsfaktor ist die abgeführte europäische Bankenabgabe mit einem unteren einstelligen Millionenbetrag.

Zusammen mit den Sondereffekten im sonstigen betrieblichen Ergebnis ergibt sich eine **Förder-Cost-Income-Ratio** von 40,4 %. Ohne Sondereffekte beläuft sich diese auf 54,6 % (Vorjahr 53,0 %) und unterschreitet damit deutlich den Planwert. Hierbei wurde im Vorjahr eine deutliche Erhöhung der Förder-Cost-Income-Ratio durch rückläufige Erträge und steigende Verwaltungskosten bedingt durch eine hohe Bankenabgabe prognostiziert.

#### Risikovorsorge/Bewertungen

Eine weiterhin verbesserte Bonitätsstruktur der Kreditnehmer und das Ausbleiben spürbarer Kreditausfälle ließen den Aufwand für die Risikovorsorge erneut sinken. Das Bewertungsergebnis beträgt –10,2 Mio. Euro (Vorjahr –8,6 Mio. Euro) und beinhaltet die Dotierung von allgemeinen Vorsorgereserven in Höhe von 29,2 Mio. Euro (Vorjahr 14,5 Mio. Euro). Die IBB konnte damit ihr gutes operatives Ergebnis erneut nutzen, um strategiekonform die Risikotragfähigkeit weiter zu stärken.

#### Wirtschaftliches Ergebnis

Ausgehend vom gestiegenen wirtschaftlichen Ergebnis konnten auch die operativen Ergebniserwartungen der einzelnen Segmente erfüllt werden.

in Mio. Euro	IBB gesamt		Immobilien- und Stadtentwicklung		Wirtschafts- förderung		Bankbuch		Corporate Center	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Zinsüberschuss	129,8	134,3	63,1	68,2	9,6	9,5	58,2	51,2	–1,0	5,4
Provisionsüberschuss	4,6	6,0	4,4	5,6	0,7	0,8	–0,4	–0,4	0,0	0,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	67,1	10,4	–18,1	–7,3	29,8	15,7	0,0	0,0	55,4	2,1
<b>Operative Erträge</b>	<b>201,6</b>	<b>150,8</b>	<b>49,4</b>	<b>66,5</b>	<b>40,1</b>	<b>26,0</b>	<b>57,7</b>	<b>50,7</b>	<b>54,4</b>	<b>7,5</b>
Verwaltungsaufwand	–81,3	–83,4	–34,2	–36,5	–20,9	–22,6	–6,1	–5,6	–20,1	–18,7
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis</b>	<b>120,2</b>	<b>67,4</b>	<b>15,1</b>	<b>30,0</b>	<b>19,2</b>	<b>3,5</b>	<b>51,6</b>	<b>45,1</b>	<b>34,3</b>	<b>–11,2</b>
Risikovorsorge/Bewertungsergebnis	–10,2	–8,6	23,6	3,4	–5,3	–1,7	0,7	4,2	–29,2	–14,5
<b>Wirtschaftliches Ergebnis</b>	<b>110,1</b>	<b>58,8</b>	<b>38,7</b>	<b>33,4</b>	<b>13,9</b>	<b>1,8</b>	<b>52,3</b>	<b>49,2</b>	<b>5,0</b>	<b>–25,7</b>
Berlin-Beitrag	–31,6	–32,9	–1,2	–2,9	–26,6	–27,4	0,0	0,0	–3,8	–2,6
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>78,5</b>	<b>25,9</b>	<b>37,6</b>	<b>30,5</b>	<b>–12,7</b>	<b>–25,6</b>	<b>52,3</b>	<b>49,2</b>	<b>1,3</b>	<b>–28,3</b>

Das Segment **Immobilien- und Stadtentwicklung** trug mit einem Zinsüberschuss von 63,1 Mio. Euro (Vorjahr 68,2 Mio. Euro) maßgeblich zum Gesamtzinsüberschuss der Bank bei. Im Zusammenhang mit dem niedrigen Zinsniveau machten viele Kreditnehmer von dem ihnen vertraglich zugesicherten Recht Gebrauch, jederzeit das Darlehen vollständig oder in Teilbeträgen zurückzuzahlen. Diese außerplanmäßigen Tilgungen führten dazu, dass die Zinserträge abnahmen. Dennoch konnte das Segment mit einem wirtschaftlichen Ergebnis in Höhe von 38,7 Mio. Euro den Planwert deutlich übertreffen. Ebenso lag der Wert über dem

Vorjahresergebnis, vor allem bedingt durch die positive Entwicklung in der Risikovorsorge (20,2 Mio. Euro) sowie deutlich verbesserte Bonitätsstrukturen der Kreditnehmer.

Die **Wirtschaftsförderung** schließt erneut mit einem positiven wirtschaftlichen Ergebnis in Höhe von 13,9 Mio. Euro ab und übertrifft beachtlich sowohl die Vorjahres- (1,8 Mio. Euro) als auch die Planwerte. Diese Entwicklung ist vor allem auf Sondereffekte im Zusammenhang mit der Erstattung von Verwaltungsaufwendungen im sonstigen betrieblichen Ergebnis zurückzuführen. Der Verwaltungsaufwand (-20,9 Mio. Euro) reduziert sich infolge geringerer Sachaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 Mio. Euro.

Im Segment **Bankbuch**, ehemals Treasury, dem sowohl die Banksteuerung als auch das Treasury zugeordnet wird, erreichte das wirtschaftliche Ergebnis 52,3 Mio. Euro und liegt damit sowohl über dem Vorjahreswert (49,2 Mio. Euro) als auch über den prognostizierten Werten für 2015. Die positive Entwicklung resultiert maßgeblich aus dem Zinsergebnis und ist auf erhaltene Vorfälligkeitsentschädigungen zurückzuführen.

Im Segment **Corporate Center** wird bedingt durch Sondereffekte ein positives wirtschaftliches Ergebnis von 5,0 Mio. Euro (Vorjahr -25,7 Mio. Euro) ausgewiesen. Durch Auflösungen nicht mehr benötigter Rückstellungen im Zusammenhang mit den VC Fonds erreicht das sonstige betriebliche Ergebnis 55,4 Mio. Euro und überschreitet deutlich sowohl den Plan- als auch den Vorjahreswert. Dagegen steht zur weiteren Stärkung der Risikotragfähigkeit die gegenüber dem Vorjahr (14,5 Mio. Euro) und der Planung gestiegene Dotierung der Vorsorgereserven von 29,2 Mio. Euro.

#### **Jahresüberschuss**

Die IBB weist nach Abzug eines Berlin-Beitrages von 31,6 Mio. Euro zur Unterstützung der Förderpolitik des Landes einen Jahresüberschuss in Höhe von 78,5 Mio. Euro (Vorjahr 25,9 Mio. Euro) aus.

Es ist vorgesehen, den Jahresüberschuss, soweit er aus der Anpassung der Zuwendungsverträge für die VC Fonds resultiert (52,6 Mio. Euro), vollständig zu thesaurieren und der Zweckerücklage der IBB zuzuführen. Für den verbleibenden Betrag in Höhe von 25,9 Mio. Euro ist eine Thesaurierung von 75 % (19,4 Mio. Euro) vorgesehen.

Die nach den Vorgaben des § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG ermittelte Kapitalrendite, Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,4 %.

#### **Vermögenslage**

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr erwartungsgemäß um 1,0 Mrd. Euro auf 19,1 Mrd. Euro verringert. Das Geschäftsvolumen, in dem zusätzlich die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten sind, verringerte sich um 1,4 Mrd. Euro auf 19,7 Mrd. Euro.

Die zum Jahresende bestehenden Swapgeschäfte und Derivate weisen ein Nominalvolumen in Höhe von 15,5 Mrd. Euro (Vorjahr 16,1 Mrd. Euro) aus.

in Mio. Euro	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
			absolut	in %
Forderungen an Kreditinstitute	2.108,8	2.153,2	- 44,4	-2,1
Forderungen an Kunden	12.417,4	13.483,1	-1.065,7	-7,9
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.243,0	4.020,8	222,2	5,5
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3,3	150,0	-146,7	-97,8
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	108,4	98,3	10,1	10,3
Sonstige Aktiva	252,4	242,1	10,3	4,2
<b>Bilanzsumme</b>	<b>19.133,3</b>	<b>20.147,6</b>	<b>-1.014,4</b>	<b>-5,0</b>
Eventualverbindlichkeiten	110,3	123,7	-13,4	-10,8
Unwiderrufliche Kreditzusagen	428,5	825,1	-396,6	-48,1
<b>Geschäftsvolumen</b>	<b>19.672,1</b>	<b>21.096,4</b>	<b>-1.424,3</b>	<b>-6,8</b>

Die Forderungen an Kreditinstitute bewegen sich auf dem Niveau des Vorjahres. Einem Rückgang der Forderungen aus im Hausbankenverfahren abgewickelm Fördergeschäft um 0,1 Mrd. Euro steht ein Anstieg der Tages- und Termingelder in etwa gleicher Höhe gegenüber.

Die Verringerung der Kundenforderungen gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mrd. Euro ist im Wesentlichen auf planmäßige und außerplanmäßige Tilgungen im Förderkreditgeschäft zurückzuführen. Mit einem Rückgang von 0,5 Mrd. Euro waren insbesondere die Bestände der Immobilienförderung betroffen. Das Volumen der Wirtschaftsförderung blieb konstant. Zusätzlich wurden die Schuldscheindarlehen und Termingelder im Geld- und Kapitalmarktgeschäft um 0,4 Mrd. Euro reduziert.

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren erhöhte sich durch die Wiederanlage frei gewordener Mittel aus dem aufgelösten Spezialfonds um 0,2 Mrd. Euro.

Die Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen stiegen im Wesentlichen aufgrund von Kapitalerhöhungen im VC Fonds-Geschäft um 10,1 Mio. Euro auf 108,4 Mio. Euro.

### **Finanzlage, Kapitalstruktur und Liquidität**

Die Struktur der Refinanzierungsseite hat sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht verändert. Mit 3,9 Mrd. Euro (Vorjahr 3,4 Mrd. Euro) beträgt der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 20 % (Vorjahr 17 %). Der Anteil der verbrieften Verbindlichkeiten sank auf 6,4 Mrd. Euro oder 34 % (Vorjahr 7,3 Mrd. Euro oder 36 %).

Die von Kunden erhaltenen Refinanzierungsmittel, in denen hauptsächlich die vom Land Berlin zur Verfügung gestellten Mittel für die Wohnungsbauförderung enthalten sind, gingen auf 7,4 Mrd. Euro zurück (Vorjahr 8,1 Mrd. Euro). Der prozentuale Anteil blieb mit 39 % nahezu konstant (Vorjahr 40 %).

Durch Anpassungen von Zuwendungsverträgen für die VC Fonds mit dem Land Berlin erfolgte eine Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 40,1 Mio. Euro zuzüglich entsprechender Zuwendungen des Berichtsjahres in Höhe von 12,5 Mio. Euro. Es ist vorgesehen, den Gesamtbetrag von 52,6 Mio. Euro vollständig zur Eigenkapitalstärkung zu thesaurieren und der Zweckerücklage der IBB zuzuführen.

Das bilanzielle Eigenkapital der IBB erhöht sich im Geschäftsjahr auf 730,7 Mio. Euro. Maßgeblich für die Veränderung ist der aktuelle Jahresüberschuss in Höhe von 78,5 Mio. Euro, der im Eigenkapital als Bilanzgewinn ausgewiesen wird, sowie die Ausschüttung des ausgewiesenen Bilanzgewinnes 2014 in Höhe von 25,9 Mio. Euro an das Land Berlin. Das gezeichnete Kapital betrug unverändert 300,0 Mio. Euro, alleiniger Eigentümer der IBB ist das Land Berlin.

<b>Eigenkapitalspiegel</b> in Mio. Euro	<b>Grund- kapital</b>	<b>Zweck- rücklagen</b>	<b>Bilanz- gewinn</b>	<b>Gesamt</b>
Stand 31.12.2014	300,0	352,2	25,9	678,1
Ausschüttung an Land Berlin			- 25,9	- 25,9
Jahresüberschuss 2015			78,5	78,5
<b>Stand 31.12.2015</b>	<b>300,0</b>	<b>352,2</b>	<b>78,5</b>	<b>730,7</b>

Zum Bilanzstichtag weist die Bank anrechenbare Eigenmittel nach CRR in Höhe von 890,8 Mio. Euro (Vorjahr 897,3 Mio. Euro) aus.

in Mio. Euro/in %	<b>2015</b>	<b>2014</b>
Gesamtrisikobetrag (RWA)	4.851,8	5.351,1
Gesamtkapitalquote	18,4%	16,8%
Kernkapitalquote	17,5%	15,9%

Die Grundsätze über die Einhaltung der angemessenen Eigenmittelausstattung und Liquidität gemäß CRR und KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten. Es wurden keine nennenswerten Liquiditätsrisiken quantifiziert.

Ein deutlicher Exposure-Rückgang führt zur Reduzierung der gewichteten Risikoaktiva und damit zu einem Anstieg der Gesamtkapitalquote in 2015.

Zur Liquiditätsbeschaffung wurden im Berichtsjahr, außer Aktivitäten auf dem Geldmarkt, Mittelaufnahmen durch die Emission von Kapitalmarktinstrumenten mit einem Volumen von 1,3 Mrd. Euro durchgeführt.

Sowohl die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin als auch die Rolle des Landes Berlin als alleiniger Eigentümer der IBB waren Faktoren dafür, dass die IBB auch in 2015 jederzeit in der Lage war, sich zu einem angemessenen Preis mit ausreichend Liquidität in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio wurde die Liquidität jederzeit sichergestellt. Strikte Nebenbedingungen der Liquiditätssteuerung sind die Einhaltung der regulatorischen Kennzahlen sowie der Mindestreserve. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Solvabilität und Liquidität gemäß CRR und KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

# Nachtragsbericht

Nach dem Abschluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2015 haben sich keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

## Prognose-, Chancen- und Risikobericht

### *Prognose- und Chancenbericht*

Das Jahr 2016 wird sich vom Vorjahr vor allem dadurch unterscheiden, dass mit der US-Notenbank die erste große Zentralbank den Ausstieg aus einer extrem lockeren Geldpolitik wagt. Entscheidend wird sein, wie schnell die Geldpolitik normalisiert wird. Das hängt vor allem davon ab, ob der Lohnanstieg anzieht und eine höhere Inflation signalisiert. Davon ist auszugehen, da sich die US-Wirtschaft der Vollbeschäftigung nähert und auch 2016 mit 1,7 % eine robuste Wachstumsrate erreichen wird.

In China dagegen wird das Wachstum 2016 weiter auf rund 6 % sinken. Allerdings wird es keine harte Landung geben. Die staatlichen Banken werden die meisten hoch verschuldeten Unternehmen auch 2016 mit Krediten versorgen. Alles in allem dürfte die chinesische Wirtschaft in den nächsten Jahren vergleichsweise gering wachsen und sich nur allmählich erholen.

Im Euroraum wird sich der Aufwärtstrend mit 1,8 % fortsetzen. Unterstützung kommt dabei vor allem von der extrem lockeren Geldpolitik und in zunehmendem Maß durch die Fiskalpolitik aufgrund des Auslaufens der Austeritätsmaßnahmen. Zudem wirken der Rückgang der Ölpreise und die Abwertung des Euro noch bis weit in das Jahr 2016 hinein. Hinzu kommt, dass die Zinswende im Euroraum in weiter Ferne liegt.

In Deutschland sind die Rahmenbedingungen für eine Fortsetzung des Wachstumskurses unverändert günstig. Die deutsche Wirtschaft wird auch 2016 überdurchschnittlich von der stark expansiven Geldpolitik der EZB und dem historisch niedrigen Zinsniveau profitieren. Zwar treffen die Wachstumsabkühlung in China und die Krise in einigen Schwellenländern die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft mehr als andere westliche Industrieländer. Die deutsche Konjunktur wird sich aber weiterhin widerstandsfähig zeigen. Nachfragerückgänge aus China können zu einem großen Teil durch Exporte in andere Industrieländer abgedeckt werden. Solider Wachstumspfeiler wird auch 2016 der Konsum bleiben, der durch die weiter zunehmende Beschäftigung, steigende Löhne und die geringe Inflation sowie das niedrige Zinsniveau gestützt wird. Alle positiven Einflussfaktoren wirken auch im Jahr 2016 fort. Hinzu kommen die staatlichen Konsumausgaben für die Flüchtlinge, die gleichzeitig gesamtwirtschaftliche Nachfrage sind. Das ist allerdings nur ein temporärer konjunktureller Effekt für die nächsten Jahre. Alles in allem dürfte die Konjunktur in Deutschland nach einer leichten Wachstumsdelle im Winter im Verlauf des Jahres wieder stärker zulegen.

In Berlin bleibt der wirtschaftliche Schwung auch 2016 erhalten. Gleichwohl dürften die kommenden Monate für die Berliner Wirtschaft etwas wechselhafter verlaufen. Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit der Krise im Euroraum, geopolitische Krisen im Nahen Osten und Sorgen

über die wirtschaftliche Entwicklung wichtiger Schwellenländer können auch auf die Berliner Wirtschaft dämpfend wirken. Dennoch wird die Wirtschaft in der deutschen Hauptstadt auch im kommenden Jahr mit voraussichtlich 2,0 % stärker als in Deutschland insgesamt (1,8 %) wachsen.

Der Berliner Arbeitsmarkt wird weiter vom stark expandierenden Dienstleistungsbereich und der boomenden Tourismuswirtschaft profitieren. Die Beschäftigung wird auch 2016 ausgeweitet. Die Arbeitslosigkeit wird dennoch nicht weiter zurückgehen. Grund dafür ist vor allem die deutliche Erhöhung der Zahl der Arbeitssuchenden infolge der innereuropäischen Arbeitsmigration und des Zustroms von Flüchtlingen. Vor allem die hohe Zahl der Asylsuchenden wird sich ab Mitte des Jahres dämpfend auf den bisher stetigen Abbau der Arbeitslosigkeit auswirken. Für das gesamte Jahr 2016 ist daher nach jahrelangem Rückgang eher mit einer Stagnation der Arbeitslosenzahl in Berlin zu rechnen. Andererseits können die vielen Flüchtlinge, die derzeit nach Berlin kommen, bereits in wenigen Jahren ein wichtiger Pfeiler für die wachsende Stadt Berlin werden und einen zunehmenden Beitrag zur Verjüngung und damit auch zur wirtschaftlichen Entwicklung leisten. Ihre Integration in den Berliner Arbeitsmarkt wird eine der wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahre sein.

In den letzten Jahren hat sich Berlin zu einem außergewöhnlichen Biotop für junge Unternehmen insbesondere der Digitalen Wirtschaft entwickelt. Große Chancen für den Berliner Arbeitsmarkt bietet daher weiterhin die Internetwirtschaft. Bei konsequenter Umsetzung aller Digitalisierungseffekte hat Berlin die Chance, dass in den nächsten Jahren zahlreiche neue Jobs im Bereich der Industrie 4.0 geschaffen werden. Dabei entfällt der größte Anteil auf die Berliner Zukunftsbranchen, insbesondere auf den Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie. Aber auch die Branchen Maschinen- und Anlagenbau, Kraftwagen und Kraftwagenteile, Elektrische Ausrüstungen sowie Chemische Industrie (vor allem Pharmazie) werden von der Umstellung auf die Digitale Wirtschaft profitieren.

Für die Berliner Industrie wird 2016 hingegen kein einfaches Jahr. Das signalisieren die rückläufigen Auftragseingänge vor allem aus dem Ausland, die sich bereits in 2015 aufgebaut haben. Der Anteil der Industrie bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Berlin beträgt allerdings nur 9,1%. Vor diesem Hintergrund bleiben die Auswirkungen einer gedämpften industriellen Entwicklung auf den Berliner Wirtschaftsgang insgesamt überschaubar. Die Nachfrage aus den Schwellenländern dürfte sich in den kommenden Monaten weiter abschwächen. Die Gründe dafür sind vielfältig: Von China, dessen Wachstumstempo nachlässt, und den anderen großen Schwellenländern sowie Russland werden im nächsten Jahr nur geringe Expansionsimpulse ausgehen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Nachfrage nach Berliner Ausfuhrprodukten nur wenig preispfindlich ist. Der Absatz steigt nicht spürbar, wenn z. B. Berliner Gasturbinen für den Kunden im Ausland aufgrund eines sinkenden Eurokurses billiger werden. Dank der Dynamik der Nachfrage aus den USA und einigen europäischen Ländern werden die Berliner Güterexporte 2016 allerdings weniger stark zurückgehen.

Trotz der weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen zögern viele Industrieunternehmen mit einer Ausweitung ihrer Produktionskapazitäten. Vor allem die exportorientierten Unternehmen dürften wegen der Schwäche in den Schwellenländern weniger in neue Maschinen investieren, da ein dringender Investitionsbedarf zur Erweiterung der vorhandenen Produktionskapazitäten vor diesem Hintergrund nicht besteht.

Treiber der Investitionstätigkeit in Berlin sind die Bauinvestitionen und dabei vor allem die privaten Wohnungsbauten, die 2016 ähnlich stark wie im Berichtsjahr wachsen werden. Der Grund dafür ist der Immobilienboom in Berlin, der durch die Niedrigzinsphase befeuert wird. Hinzu kommt die starke Zuwanderung, die einen hohen Bedarf an kostengünstigem Wohnraum generiert. Da auch die öffentliche Hand ihre Bautätigkeit für Schulen, Kindertagesstätten, die Verkehrsinfrastruktur, die digitale Infrastruktur sowie den Klimaschutz in Berlin ausdehnt, wachsen die Bauinvestitionen auch im kommenden Jahr.



Die Nachfrage nach Wohnraum bleibt in Berlin auch im kommenden Jahr bei weiter stark steigender Bevölkerungszahl hoch. Die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung hat die bisherigen Prognosezahlen bereits übertroffen. Diese Entwicklung wird sich im laufenden Jahr und in den folgenden Jahren noch verstärken. Die personellen und finanziellen Ressourcen des Landes Berlin werden zunehmend auf diese Bedürfnisse ausgerichtet. Auch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften werden ihre Bestände künftig weiter ausbauen. Vor diesem Hintergrund wird die gute Stimmung in der Bauwirtschaft anhalten. Unter dem Strich kann auch für das Jahr 2016 von einer hohen Dynamik im Berliner Baugewerbe ausgegangen werden.

Die auch weiterhin niedrigen Finanzierungszinsen lassen das Interesse an Wohneigentumserwerb trotz steigender Preise nicht abklingen. Vor diesem Hintergrund sollten die Preise am Berliner Wohnungsmarkt 2016 weiter zulegen, auch wenn die Dynamik in einzelnen Teilmärkten und Segmenten bereits wieder nachgelassen hat. Eine Immobilienblase ist aus heutiger Sicht in Berlin wenig wahrscheinlich. Im internationalen Vergleich ist der Berliner Wohnungs- bzw. Hauspreisanstieg insgesamt überschaubar.

Dank der guten Konjunktur der letzten Jahre und den damit einhergehenden hohen Steuereinnahmen konnte Berlin seine Haushaltslage kontinuierlich verbessern. Schwachpunkt bleibt allerdings ein über die Jahre aufgelaufener hoher Investitionsrückstand und ein weiterhin hoher Schuldenstand von rund 60 Mrd. Euro. In Berlin wird man die neu entstandenen Finanzierungsspielräume nutzen, um einerseits weiter zu tilgen und andererseits in die Infrastruktur der wachsenden Stadt zu investieren.

Trotz des relativ stabilen konjunkturellen Umfelds und einer ambitionierten Vertriebsplanung prognostiziert die IBB für das Jahr 2016 wie im Vorjahr eine deutlich rückläufige Entwicklung der **operativen Erträge**.

Das anhaltende niedrige Zinsumfeld führt auch im kommenden Geschäftsjahr über verstärkte außerplanmäßige Tilgungen zu einem deutlichen Abschmelzen des Immobilienportfolios und damit zu einer weiteren Reduzierung des **Zinsüberschusses** als wesentlicher Ertrags Säule der Bank. Belastend wird sich der leichte Rückgang des Diskontierungszinses für Pensionsrückstellungen auswirken, so dass das Zinsergebnis voraussichtlich spürbar zurückgehen wird.

Die Bank erwartet, dass der **Verwaltungsaufwand**, insbesondere im Sachaufwand, im Jahr 2016 moderat ansteigen wird. Kostensteigernd wirken deutlich erhöhte IT-Aufwendungen, um weitere Prozessoptimierungen und eine verstärkte Digitalisierung des Fördergeschäftes zu erreichen. Der Aufwand zur IT-Umsetzung der zahlreichen regulatorischen Vorhaben bleibt auf einem sehr hohen Niveau. Zusätzlich belastet die europäische Bankenabgabe den Verwaltungsaufwand mit einem niedrigen einstelligen Millionenbetrag.

Die rückläufigen Erträge bei gleichzeitig investitionsbedingt höheren Verwaltungsaufwendungen dürften die **Förder-Cost-Income-Ratio** deutlich steigen lassen.

Das **Risikoversorge/Bewertungsergebnis** wird auch im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich weiterhin eher im Zeichen pauschaler Vorsorgebildung denn in tatsächlichen Kreditausfällen stehen. Potenzielle Ratingverschlechterungen im Förderkreditgeschäft könnten zukünftig höhere pauschale Vorsorgereserven für Adressenausfallrisiken verursachen.

Die prognostizierte Niedrigzinsphase und die damit einhergehenden Bewertungseffekte sowie zusätzliche Belastungen aus der europäischen Bankenabgabe werden in 2016 das **wirtschaftliche Ergebnis** deutlich sinken lassen.

Die IBB geht für 2016 davon aus, dass sich die **Bilanzsumme** weiterhin aufgrund planmäßiger und – zinsniveaubedingt – außerplanmäßiger Tilgungen im Förderkreditgeschäft moderat reduzieren wird. Bezüglich der **Refinanzierung** erwartet die IBB aufgrund ihres sehr guten Ratings, dass sie die notwendigen Refinanzierungsmittel weiterhin problemlos am Kapitalmarkt aufnehmen kann.

Auch die **Gesamtkapitalquote** stellt im kommenden Jahr keinen Engpassfaktor für die IBB dar. Sie wird auf dem Niveau der Werte des Jahres 2015 erwartet.

**Insgesamt** sind auch im neuen Geschäftsjahr keine grundlegenden strukturellen Veränderungen in der Geschäftstätigkeit der Bank geplant.

Mit der Weiterentwicklung und dem Angebot effizienter Förderlösungen wird die IBB ihre Rolle bei der Förderung der Bereiche Wirtschafts-, Infrastruktur- und Wohnraumförderung des Standortes Berlin weiter stärken. Die Geschäftsfelder Wirtschafts- und Immobilienförderung werden weiterhin an einer bedarfsorientierten Optimierung und Stärkung des Produktportfolios arbeiten.

Im Geschäftsfeld **Immobilien- und Stadtentwicklung** wird nach erfolgreicher Modifikation der sozialen Wohnraumförderung die Wohnungsneubauförderung weiter an Dynamik gewinnen. Eine Vielzahl von Neubauprojekten unserer Großkunden wurde bereits in das Wohnungsbauprogramm des Landes aufgenommen und steht vor der unmittelbaren Umsetzung. Die Möglichkeit zur Strukturierung der Gesamtfinanzierung unter Einbindung weiterer Förderprodukte lässt zusätzliche Geschäftspotenziale für die IBB erwarten. Auch außerhalb der sozialen Wohnraumförderung wird die IBB in 2016 weitere Neubauvorhaben begleiten.

Den Förderprodukten der IBB wird auch in 2016 eine große Bedeutung zukommen, da in Berlin weiterhin ein großer Modernisierungsbedarf besteht. Der integrierte Betreuungsansatz von der Beratung zu energetischen Maßnahmen bis hin zum optimalen Fördermitteleinsatz wird durch das Beratungsangebot ENEO auch zukünftig gewährleistet.

Auch in 2016 wird die IBB größere Vorhaben von kommunalen Unternehmen finanzieren und darüber hinaus weiterhin intensiv mit den Geschäftsbanken zusammenarbeiten, um durch die Vergabe von Konsortial- und Globaldarlehen Investitionen in Wohnimmobilien mittelbar zu fördern.

Das in 2015 eingeführte Förderprodukt „IBB-Familienbaudarlehen“ wird auch Familien mit geringerem Einkommen und Eigenkapital durch nachrangige Darlehensabschnitte die Gesamtfinanzierung ihres Eigenheims ermöglichen. Zusätzlich ist der Ausbau der Kooperationen mit anderen Kreditinstituten geplant, um stärker Synergien für das kleinteilige Geschäft zu nutzen.

Die IBB wird in 2016 die Programmbearbeitung und Bewilligung der Zuschüsse im Rahmen des Projektauftrages „Experimenteller Geschosswohnungsbau“ für das Land übernehmen.

Insgesamt wird im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung für das Geschäftsjahr 2016 ein ggü. dem Vorjahr steigendes Bewilligungsvolumen erwartet.

Im Geschäftsfeld **Wirtschaftsförderung** wird aufgrund der anhaltenden positiven Konjunktur und der optimistischen Geschäftserwartungen der Berliner Wirtschaft in 2016 ein stabiles Bewilligungsvolumen erwartet.

Bei den Darlehens- und Avalfinanzierungen wird weiterhin die Zusammenarbeit mit den Berliner Geschäftsbanken im Fokus stehen. Die Finanzierungsbedingungen für den Mittelstand sind unverändert gut. Bei kleinen, jungen und innovativen Unternehmen bleiben

jedoch strukturelle Probleme bestehen. Dies spiegelt sich auch in der gestiegenen Nachfrage bei den Produkten „Berlin Start“ und „Berlin Kredit Innovativ“ wieder. Letzteres wird 2016 als „Berlin Innovativ“ leicht modifiziert fortgesetzt, nachdem eine erneute Rückgarantie des Europäischen Investitionsfonds (EIF) mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) akquiriert werden konnte.

Zum Jahresende wurde die Zuschussförderung „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) für Geschäftsmodelle der Digitalen Wirtschaft geöffnet. Das Ankerprodukt der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsfinanzierung der IBB und der EU-Strukturfondsförderung in Berlin bleibt Pro FIT. Zuschüsse und Darlehen für Unternehmen und Forschungseinrichtungen werden sich ungefähr die Waage halten.

Know-how, Engagement und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten bilden die wesentlichen Grundlagen für die langfristige Geschäftstätigkeit der Bank. Die Gewinnung, Bindung und Entwicklung qualifizierter Beschäftigter stellen daher die drei wesentlichen Handlungsfelder der strategischen Personalpolitik dar. Die IBB positioniert sich in dem Zusammenhang als zukunftsorientierter, sozial verantwortlicher Arbeitgeber. Durch flexible Arbeitszeitmodelle, hohe technische sowie Sicherheitsstandards, modernes Gesundheitsmanagement, Regelungen zu Chancengleichheit und Angebote für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – insbesondere auch von Beruf und Pflege – schafft die IBB ein attraktives Arbeitsumfeld.

Die qualitative Entwicklung der Beschäftigten stellt einen wichtigen nichtfinanziellen Leistungsindikator für die IBB dar.

Wie in vergangenen Jahren werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter systematisch durch Weiterbildungs- und Personalentwicklungsmaßnahmen für ihre anspruchsvollen Aufgaben qualifiziert. Die Qualifikation der Mitarbeiter zu sichern und weiter auszubauen, um so die Bank optimal für die Herausforderungen des Marktes zu rüsten, ist Ziel für das kommende Berichtsjahr. Das hohe Niveau der durchschnittlichen Weiterbildung (2,86 Tage) aus 2015 wird somit konstant gehalten.

Das Thema strategische Personalentwicklung unter dem Aspekt des demografischen Wandels wird ebenfalls ein Schwerpunkt der kommenden Berichtsjahre bilden.

**Zusammenfassend** erwartet der Vorstand für das Geschäftsjahr 2016 einen stabilen Geschäftsverlauf, geht jedoch davon aus, dass sich das wirtschaftliche Ergebnis gegenüber dem Berichtsjahr deutlich reduzieren wird. Im Vergleich zum Vorjahr wird weiterhin eine stabile Vermögens- und Finanzlage erwartet.

Im Vergleich zu den geplanten Ergebnissen für das Geschäftsjahr 2016 könnten sich aufgrund veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen weitere **Chancen und Risiken** für die geschäftliche Entwicklung der IBB ergeben.

Eine weitere Zinssenkung würde den Zinsüberschuss und die Förder-Cost-Income-Ratio kurzfristig tendenziell positiv beeinflussen. Ein Verlassen des Niedrigzinsumfelds, beispielsweise im Zuge eines starken Zinsanstiegs, würde hingegen sowohl das wirtschaftliche Ergebnis als auch die Förder-Cost-Income-Ratio kurzfristig negativ beeinflussen. Sollte sich die Finanzmarktkrise erneut verschärfen, könnte sich dies nach den Erfahrungen aus der letzten Finanzmarktkrise positiv sowohl auf die Neugeschäftsvolumina als auch auf die Margen auswirken.

Ein verschlechtertes wirtschaftliches Umfeld würde in der Tendenz zu einem Neugeschäftsvolumen unter Plan führen.

Chancenpotenzial sieht die IBB auch bei einer Verbesserung der Ratings ihrer Engagements, was zu einem insgesamt geringeren Ansatz von bonitätsabhängigen Portfoliowertberichtigungen führen könnte.

## Risikobericht

### Organisation des Risikomanagements

Die IBB unterliegt sämtlichen bankaufsichtsrechtlichen Normen des Risikomanagements.

Der Vorstand legt auf der Grundlage der Geschäftsstrategie die Risikostrategie fest. Inhalte der Risikostrategie sind insbesondere Teilstrategien zu allen wesentlichen Risikoarten sowie die Ableitung von Limiten und die Allokation des ökonomischen Kapitals. Durch einheitliche risikopolitische Grundsätze wird sichergestellt, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert und gesteuert werden können.

Die Bestimmung der Wesentlichkeit der Risikoarten erfolgt in einer Risikoinventur, die mindestens jährlich oder anlassbezogen durchgeführt wird, unter Berücksichtigung des Gesamtbankrisikoprofils der Bank. Während die Risikostrategie und die regelmäßige Risikoberichterstattung vor allem auf die Risiken eingehen, die aus dem Geschäftsbetrieb erwachsen, beinhaltet die Geschäftsstrategie auch die damit verbundenen Chancen. Über die Chancen wird im Rahmen der regelmäßigen Managementinformation berichtet.

Eine Funktionstrennung von risikoeingehenden und risiküberwachenden Bereichen ist vollständig von der Vorstandsebene bis zu den operativen Abteilungen umgesetzt. Der Vorstand hat wichtige Funktionen an ein von den risikoeingehenden Einheiten unabhängiges Risikocontrolling delegiert. Kernaufgaben und Verantwortlichkeiten der Abteilung Risikocontrolling sind:

- die Identifizierung, Messung, Limitierung und Überwachung sowie die Berichterstattung der für die IBB relevanten Risiken
- die Ableitung von Handlungsvorschlägen zur Steuerung der wesentlichen Risiken
- die Realisierung eines permanenten Prozesses zur Kontrolle und Weiterentwicklung der angewandten Modelle, Methoden und Prozesse zur Risikoquantifizierung, -überwachung und -steuerung sowie
- die Umsetzung einheitlicher Risikocontrollingstandards entsprechend den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen

Die Risikosteuerung wird innerhalb der genehmigten Limite und Kompetenzstufen vom Vorstand und von den operativen Einheiten wahrgenommen.

Die Darstellung der Gesamtbankrisikosituation gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsorgan der IBB erfolgt quartalsweise in Form eines umfassenden Risikoberichtes, der einen Überblick über sämtliche Risiken der Bank gibt. Dabei werden insbesondere Aussagen zur aktuellen Risikotragfähigkeitsrechnung und zur Auslastung der jeweiligen Risikolimite getroffen.

Die Risikostrategie wird mindestens einmal jährlich überprüft, in Abstimmung zur Geschäftsstrategie sowie zur operativen und Mittelfristplanung der Bank aktualisiert und im Intranet der IBB veröffentlicht.

### Risikoarten

Die wesentlichen Risiken, denen die Bank ausgesetzt ist, sind banktypische Risiken sowie die Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit.

- Adressrisiko, inklusive Länderrisiko
- Spreadrisiko, inklusive Länderrisiko
- Marktpreisrisiko
- Operationelles Risiko
- Liquiditätsrisiko

Die eingegangenen Risiken werden auf der Ebene der Gesamtbank erfasst, unabhängig davon, in welcher Organisationseinheit die Risiken verursacht wurden, und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Bank durch ein abgestimmtes System von Risikolimiten und

organisatorischen Maßnahmen begrenzt. Vom Risikomanagement nicht erfasst sind lediglich Geschäfts- und Reputationsrisiken.

#### Wertorientierte Risikotragfähigkeit

Die Bestimmung der Risikotragfähigkeit erfolgt in der IBB in wertorientierter (ökonomischer) Sichtweise unter Berücksichtigung der regulatorischen Eigenkapitalausstattung. Dazu werden monatlich die Verlustrisiken der wesentlichen Risikoarten grundsätzlich auf einem einheitlichen Konfidenzniveau von 99 % mit einem Risikohorizont von einem Jahr gemessen und dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt. Das Beteiligungsrisiko sowie sonstige Risiken fließen pauschal in die Risikotragfähigkeit ein. Dabei umfassen die sonstigen Risiken das Spektrum aller Risiken, die keiner anderen wesentlichen oder nicht wesentlichen Risikoart zugeordnet werden können und bei denen modellgestützte Bestimmungen der Verlustpotenziale, denen die IBB im Geschäftsbetrieb ausgesetzt ist, nur mit großer Unsicherheit möglich sind. Ursachen liegen dabei unter anderem in fehlenden, empirisch nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand bestimmbar Modellparametern zur Quantifizierung des Verlustpotenzials. Risikomindernde Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten werden nicht berücksichtigt. Ziel ist die Sicherstellung eines langfristigen Going-Concern der Bank. Als Stressszenario wird die wertorientierte Risikotragfähigkeit darüber hinaus in einer Liquidationssicht auf einem Konfidenzniveau von 99,9 % betrachtet. Zusätzlich wird quartalsweise eine GuV-orientierte Going-Concern-Risikotragfähigkeit auf einem Konfidenzniveau von 99 % berechnet. Die Einhaltung dieser Sichtweise stellt eine strenge Nebenbedingung dar.

Im Berichtsjahr wurden folgende wesentlichen Änderungen im Risikomanagementsystem vorgenommen:

- Erhöhung der Haltedauer bei der Messung des Marktpreisrisikos von 63 auf 250 Handelstage
- Verzicht auf Mindestrisikopositionierung in Höhe von 30,0 Mio. Euro für die Quantifizierung von Marktpreisrisiken auf Portfolioebene für das Bankbuch und für das Kreditportfolio

Zum 31.12.2015 betrug die Auslastung des Risikodeckungspotenzials 53 % und sank im Vergleich zum Vorjahr um 4 Prozentpunkte. Die Entlastung der Risikokennzahlen ist auf verschiedene, teilweise gegenläufige marktinduzierte Effekte und Bestandsänderungen zurückzuführen.

Die wertorientierte Risikotragfähigkeit war im Geschäftsjahr 2015 zu jedem Zeitpunkt gegeben.

#### Wertorientierte Risikotragfähigkeit der Investitionsbank Berlin in Mio. Euro

	31.12.2015		31.12.2014	
<b>Risikolimit</b>	<b>844,90</b>	<b>100 %</b>	<b>832,40</b>	<b>100 %</b>
Adressrisiko	269,60		295,00	
davon Kreditrisiko	189,80		227,10	
davon Emittenten-, Kontrahentenrisiko	82,40		66,50	
Spreadrisiko	79,70		99,70	
Beteiligungsrisiko	26,00		14,00	
Marktpreisrisiko	38,30		30,00	
Operationelles Risiko	24,50		26,70	
Liquiditätsrisiko	0,00		0,20	
Sonstige Risiken	8,00		8,00	
<b>Gesamtbankrisiko</b>	<b>446,3</b>	<b>53,0 %</b>	<b>473,7</b>	<b>57,0 %</b>

Um das Risikoprofil der Bank auch in Stresssituationen beurteilen zu können, wird außer den Verfahren zur Bestimmung der Verlustrisiken unter normalen Marktbedingungen regelmäßig ein breites Spektrum an Stress- und Szenarioanalysen inklusive eines Gone-Concern-Szenarios für alle wesentlichen Risiken und Risikoarten durchgeführt. Über die Ergebnisse wird quartalsweise im Rahmen des Risikoberichtes berichtet. Zusätzlich werden ggf. anlassbezogen Stresstests durchgeführt. Es werden außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse in geeigneten historischen, hypothetischen und inversen Szenarien abgebildet.

Zur fortlaufenden Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden entsprechend der beabsichtigten Kapitalallokation der IBB Risikolimits für die Verlustrisiken festgelegt. Das Limitsystem ist dabei so gestaltet, dass durch das Einhalten der wertorientierten Risikolimits auch die regulatorischen Anforderungen eingehalten werden.

#### **Adressrisiko**

Unter dem Adressrisiko versteht die IBB das Risiko von Verlusten aufgrund unerwarteter Ausfälle oder unerwarteter Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern.

2015 erfolgten folgende Modelländerungen:

- Seit dem 31.01.2015 wird für das kleinteilige Geschäft die Methodik der bedingten Erwartungswerte verwendet, um die Simulationsdauer zu reduzieren.
- Seit dem 30.09.2015 wird für besicherte Geschäfte ein LGD-Ansatz unter Berücksichtigung von Sicherheiten verwendet.

Im Rahmen der jährlichen Validierung werden die Angemessenheit des Risikomodells, die Portfoliodaten, die Parameter sowie die Kalkulationseinstellungen überprüft. In 2015 waren keine Anpassungen erforderlich.

Der operative Handlungsrahmen des Kreditportfolio-Managements umfasst außer der unterjährigen Überwachung der Entwicklung der Kreditportfolioqualität auch das Monitoring der wesentlichen Einzelkreditnehmer bzw. der portfoliostrukturbezogenen Risikotreiber. Die Quantifizierung und Überwachung des Verlustpotenzials aus Adressrisiken erfolgt über die Risikokennzahl Credit Value at Risk (CVaR) mit einem 99 %-Konfidenzniveau bei einem Risikohorizont von einem Jahr.

Ein zentraler Bestandteil des Risikomanagements für Adressrisiken in der IBB ist der Einsatz eines Limitsystems, das ein ungewolltes bzw. unkontrolliertes Anwachsen der Verlustrisiken verhindern soll. Die zentrale Limitüberwachung auf Portfolioebene erfolgt durch das Risikocontrolling. Darüber hinaus werden Limite für Global- und Einzelgeschäfte vom Vorstand beschlossen. Die Einhaltung der Limite wird durch den Bereich Kreditbetreuung untertäglich überwacht.

Die IBB hat zu zentralen Fragestellungen des Kreditportfolios ein Kreditkomitee eingerichtet, das sich mit Risikofragen im Förderkreditgeschäft und im Geschäft mit institutionellen Kunden beschäftigt. Außerdem werden dort alle die Kreditbearbeitung betreffenden operativen Risiken erörtert.

Die IBB nutzt in nennenswertem Umfang Sicherheiten, insbesondere öffentliche Bürgschaften sowie Realsicherheiten, zur Minderung ihrer Adressrisiken.

**Kreditrisiko**

Im Fokus des Kreditgeschäftes der IBB steht, entsprechend ihrem Förderauftrag, die Region Berlin. Die Kreditrisiken der Bank resultieren im Wesentlichen aus den Geschäftsfeldern Immobilienförderung und Wirtschaftsförderung.

Aus den öffentlich verbürgten Förderdarlehen und den Krediten nicht im Risiko der IBB (z. B. Landesmittel) entstehen für die IBB lediglich unwesentliche Adressrisiken aufgrund von Provisions- oder Gebührenzahlungen. Diese sind dennoch Gegenstand des Kreditrisikomanagement-Prozesses. Die Refinanzierung der Förderdarlehen im aktuellen IBB-Portfolio erfolgte durch die Aufnahme von Mitteln am Geld- und Kapitalmarkt, aber auch durch Mittel des Landes Berlin oder der Europäischen Union.

*Ausfallwahrscheinlichkeiten gemäß DSGVO-Masterskala in %*

Ratingklasse	1-5	6-11	12-15	16-18	ungeratet
Ausfallwahrscheinlichkeit	< 0,4	0,6 bis 4,4	6,7 bis 45,0	Ausfall	4,2

*Kredite im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. Euro*

Segment\Rating	1-5	6-11	12-15	16-18	ungeratet	Gesamt	mCVaR <sup>[1]</sup>
Wirtschaftsförderung	1.893,30	203,60	354,80	22,50	10,00	2484,20	35,70
Mietwohnungsbau	5.396,80	1.128,40	40,90	70,00	106,90	6743,00	133,60
Eigentumsmaßnahmen	109,70	377,90	29,30	37,20	2,40	556,50	20,50
<b>Inanspruchnahme Gesamt</b>	<b>7.399,7</b>	<b>1.710,0</b>	<b>425,0</b>	<b>129,8</b>	<b>119,3</b>	<b>9.783,7</b>	<b>189,8</b>
in %	75,6	17,5	4,3	1,3	1,2	100,0	–
<b>(marginaler) CVaR</b>	<b>72,7</b>	<b>83,7</b>	<b>23,8</b>	<b>0,0</b>	<b>9,7</b>	<b>189,8</b>	<b>–</b>
in %	38,3	44,1	12,5	0,0	5,1	100,0	–

[1] marginaler Credit Value at Risk

Das Kreditrisiko hat sich ggü. dem Vorjahr deutlich von 227,1 Mio. Euro auf 189,8 Mio. Euro reduziert. Die Reduzierung ist auf Bestands- und Ratingänderungen sowie auf einen Anstieg der risikolosen Zinsen zurückzuführen.

*Kredite nicht im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. Euro*

Segment\Rating	1-5	6-11	12-15	16-18	ungeratet	Gesamt
Wirtschaftsförderung	26,20	7,80	4,90	54,00	109,90	202,70
Mietwohnungsbau	1.308,40	1.294,50	40,80	605,40	244,40	3.493,40
Eigentumsmaßnahmen	57,20	22,90	4,70	19,20	0,30	104,30
<b>Inanspruchnahme Gesamt</b>	<b>1.391,8</b>	<b>1.325,2</b>	<b>50,3</b>	<b>678,6</b>	<b>354,6</b>	<b>3.800,5</b>
in %	36,6	34,9	1,3	17,9	9,3	100,0

Das Volumen der Kredite nicht im Risiko der IBB hat sich gegenüber dem Vorjahr von 4.210,0 Mio. Euro auf 3.800,5 Mio. Euro reduziert. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Teilportfolio Mietwohnungsbau.

#### Emittenten- und Kontrahentenrisiko

Emittenten- und Kontrahentenrisiken des IBB-Portfolios resultieren aus den Geld- und Kapitalmarkt-Engagements des Bankbuchs. Die Engagements werden ausschließlich in klassischen Instrumenten, wie beispielsweise Termingeldern, Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, getätigt. Derivative Produkte in Form von Zinsswaps dienen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos. Strukturierte Kreditprodukte sind nicht Bestandteil des Portfolios.

#### Inanspruchnahme Geld- und Kapitalmarktgeschäft nach Ratingklassen in Mio. Euro

Rating	1–5	6–11	12–15	Ausfall	ungeratet	Gesamt	mCVaR
Inanspruchnahme Gesamt	6.307,4	53,3	0,0	0,0	0,0	6.360,7	82,4

Die Steigerung des Emittenten- und Kontrahentenrisikos ggü. dem Vorjahr von 66,5 Mio. Euro auf 82,4 Mio. Euro erklärt sich im Wesentlichen durch die Aktualisierung der verwendeten Matrizen, Ratingverschlechterungen, Bestandsänderungen sowie den Rückgang der Credit Spreads.

#### Spreadrisiko

Die Bank definiert Spreadrisiken als Verlustrisiken aus systematischen und kreditnehmer-spezifischen, marktinduzierten Veränderungen der Credit Spreads über alle Ratingklassen innerhalb des Solvenzbereiches hinweg.

Spreadrisiken entstehen für die Bank ausschließlich aus Positionen des Banksteuerungs- und Treasuryportfolios und sind innerhalb der Risikotragfähigkeitsberechnung limitiert. Außerdem werden regelmäßig im Rahmen eines Asset-Liability-Committee Handlungserfordernisse abgestimmt. Die Risikolimitüberwachung erfolgt monatlich auf Portfolioebene.

Die Adress- und Spreadrisiken des Portfolios werden additiv berücksichtigt, d. h. ohne Berücksichtigung etwaiger Diversifikationseffekte.

Die Bank steuert und überwacht das Spreadrisiko mittels der Kennzahl Credit Spread Value at Risk (CSVaR), gerechnet mit einem 99 %-Konfidenzniveau bei einem Risikohorizont von einem Jahr.

#### Spreadrisiken (CSVaR) nach Ratingklassen und Branchen in Mio. Euro

Rating	1			2–3	4–7	8–12	13–15	Gesamt
	AAAA/ AAA	AA+/AA-	A+/A/A-					
Banken und Versicherungen des Inlands	9,40	0,00	4,60	1,70	1,70	-0,60	0,00	16,80
Banken und Versicherungen des Auslands	1,40	6,60	21,60	3,20	1,20	0,00	0,00	33,90
Öffentliche Hand Inland	2,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,10
Öffentliche Hand Ausland	1,40	20,10	5,40	0,00	0,00	0,00	0,00	26,90
Corporates	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe CSVaR	14,3	26,6	31,6	4,9	2,9	-0,6	0	79,7



Das Spreadrisiko für die Branche Banken und Versicherungen des Auslands beträgt 33,9 Mio. Euro ggü. 43,5 Mio. Euro im Vorjahr und ist damit gesunken. Die Gesamt-Reduzierung von 99,7 Mio. Euro ist auf 79,7 Mio. Euro Bestandsänderungen innerhalb der Branchen sowie auf den Rückgang der Marktwerte der risikorelevanten Derivate infolge des Anstiegs risikoloser Zinsen zurückzuführen.

#### **Beteiligungsrisiko**

Die Venture-Capital-Beteiligungen der IBB Beteiligungsgesellschaft und der von ihr gemanagten VC Fonds unterliegen dem Beteiligungsrisiko. Das Beteiligungsrisiko berücksichtigt nicht nur den Ausfall von Beteiligungsunternehmen, sondern auch Verlustereignisse, die durch Marktwertänderungen verursacht werden können.

Um die Risiken des Venture-Capital-Portfolios der IBB bestimmen und steuern zu können, verwendet die IBB ein erweitertes Kreditrisikomodell. Das Modell quantifiziert dabei das Risiko als unerwarteten Verlust mit einem 99 %-Konfidenzniveau bei einem Risikohorizont von einem Jahr. Das Beteiligungsrisiko betrug zum 31.12.2015 26,0 Mio. Euro (Vorjahr 14,0 Mio. Euro).

#### **Gefährdete Engagements und Risikovorsorge**

Die Bearbeitung von Intensiv- und Problemkrediten erfolgt in dem Bereich Kreditrisikobetreuung. Für die erkennbaren Risiken des Kreditgeschäfts wurde eine ausreichende Risikovorsorge getroffen. Die Bank unterscheidet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen, Portfoliowertberichtigungen in Anlehnung an IAS 39 und Rückstellungen im Kreditgeschäft. Kredite mit akuten Ausfallrisiken werden einzeln wertberichtigt. Für ausfallgefährdete Forderungen des Segments Eigentumsmaßnahmen erfolgt die Ermittlung des erforderlichen Risikovorsorgebedarfs mittels eines maschinellen, pauschalierten Verfahrens. Zur weiteren Abschirmung latenter Risiken auf Forderungen bildet die IBB für alle nicht individuell oder pauschaliert einzelwertberichtigten Forderungen ebenfalls eine Portfoliowertberichtigung. Der gesamte Risikovorsorgebestand (ohne § 340f und § 340g HGB) verringerte sich im Berichtsjahr durch Inanspruchnahme des Bestandes sowie Auflösung von Risikovorsorge von 71,4 Mio. Euro auf 63,5 Mio. Euro.

#### *Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Mio. Euro*

	<b>31.12.2015</b>	<b>31.12.2014</b>
Einzelwertberichtigungen	29,7	35,9
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	14,0	17,1
Portfoliowertberichtigungen	17,4	16,0
Rückstellungen im Kreditgeschäft	2,4	2,4
<b>Risikovorsorge Gesamt</b>	<b>63,5</b>	<b>71,4</b>

Für die allgemeinen Bankrisiken bestehen darüber hinaus Vorsorgereserven gemäß § 340f und § 340g HGB.

#### **Marktpreisrisiko**

Als Marktpreisrisiko wird in der IBB der potenzielle Verlust, der durch Veränderungen von Preisen an den Finanzmärkten für die Positionen im Bankbuch der IBB entstehen kann, definiert. Die Marktpreisrisiken entstehen für die Bank aus Zinsänderungsrisiken. Währungs-, Aktien- und Rohwarenrisiken übernimmt die Bank nicht. Bezüglich der Tilgung von Darlehen vor der vereinbarten Kapitalfälligkeit werden kundenspezifische Expertenschätzungen herangezogen.

Die Steuerung des Marktpreisrisikos erfolgt durch das Bankbuch der IBB. Die Bank steuert und überwacht die Marktpreisrisiken über einen Value-at-Risk-Ansatz mit einem Konfidenzniveau von 99 % bei einer Haltedauer von 250 Tagen mittels Historischer Simulation. Als Steuerungsinstrumente werden Zinsswaps zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Zum Bilanzstichtag 31.12.2015 betragen die risikomindernden Effekte aus den Swap-Positionen 217,1 Mio. Euro. Ergänzt werden die Value-at-Risk-Berechnungen in der täglichen Steuerung durch Sensitivitätsanalysen und den aufsichtsrechtlichen Zinsschock sowie Stressszenarien.

Die Bestimmung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch erfolgt nach den aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Die Einhaltung des aufsichtsrechtlichen Grenzwertes von 20 % wird in der IBB täglich geprüft. Der Risikobetrag für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch war für das Geschäftsjahr 2015 jederzeit kleiner als 20 % der Eigenmittel.

Überschreitungen von Limiten kamen im Berichtsjahr 2015 nicht vor.

### Marktpreisrisiken nach Portfolios in Mio. Euro

Mindestwert bzw. Value at Risk, 99 %-Konfidenzniveau, 250 Tage Haltedauer		
Portfolio	31.12.2015	31.12.2014 <sup>[1]</sup>
Limitauslastung Bankbuch <sup>[2]</sup>	33,6 %	42,9 %
Bankbuch <sup>[3]</sup>	38,3	30,0 [22,6]
Banksteuerung	35,7	30,0
Treasury	5,7	2,4

<sup>[1]</sup> Gemessen mit einer Haltedauer von 63 Handelstagen

<sup>[2]</sup> Bezogen auf die Mindestauslastung in Höhe von 30 Mio. Euro

<sup>[3]</sup> Werte in Klammern stellen den gemessenen VaR dar

### Liquiditätsrisiko

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, dass den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht nachgekommen werden kann oder dass im Falle einer Liquiditätskrise Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen generiert (Refinanzierungsrisiko) bzw. Aktiva nur mit Abschlägen zu den Marktsätzen liquidiert werden können (Marktliquiditätsrisiko).

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Bank stets in der Lage ist, ihren Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht nachzukommen und durch eine stetige Präsenz an den Geld- und Kapitalmärkten eine angemessene Refinanzierungsbasis zu gewährleisten. Um auch in Stressphasen über eine stabile Liquiditätssituation zu verfügen, hat sich die Bank das Ziel einer 6-monatigen Survival Period ohne Rückgriff auf den Geld- und Kapitalmarkt gesetzt. Verantwortlich für die Liquiditätssteuerung ist das Bankbuch der IBB. Dieses verfügt darüber hinaus über einen Liquiditätsnotfallplan.

Die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin sowie das Land Berlin als alleiniger Eigentümer ermöglichen der Bank eine Privilegierung nach Artikel 116 Abs. 4 CRR (früherer Solva-0-Status). Damit war die IBB auch im Jahr 2015 jederzeit in der Lage, sich mit ausreichend Liquidität zu einem angemessenen Preis in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio wird sichergestellt, dass keine Liquiditätseingpässe entstehen können. Strikte Nebenbedingungen der Steuerung sind sowohl die Einhaltung der Liquiditätsverordnung (LiqV) und der Liquidity Coverage Ratio (LCR) als auch die Erfüllung der Anforderungen an die Mindestreserve. Die Grundsätze über die Einhaltung der angemessenen Eigenmittelausstattung und Liquidität gemäß CRR und KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten. Es wurden keine nennenswerten Liquiditätsrisiken quantifiziert.

### Operationelles Risiko

Die IBB definiert operationelle Risiken analog zu den aufsichtsrechtlichen Vorschriften als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition beinhaltet Rechtsrisiken, schließt aber strategische Risiken und Reputationsrisiken aus.

Das Ziel der Bank besteht darin, operationelle Risiken früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verlustpotenziale durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Wichtige Instrumente zur Identifizierung und Beurteilung dieser Risikoart sind:

- die jährlich durchgeführte Risikoinventur zur Risikopotenzialschätzung in Form eines Self-Assessments und
- die interne intranetbasierte Schadensfallsammlung des Operational Risk Centers (ORC)

Das operationelle Risiko wird in der IBB mittels des aus dem Aufsichtsrecht übernommenen Basisindikatorverfahrens gerechnet. Die Auslastung des Risikos betrug zum 31.12.2015 24,5 Mio. Euro. Für Stressszenarien werden Daten aus der internen Schadensfallsammlung und Daten des Datenkonsortiums Operationeller Risiken (DakOR) herangezogen.

Im Rahmen eines Self-Assessments bewerten die Organisationseinheiten der Bank in einem Bottom-up-Ansatz Risikopotenziale in der Struktur der aufsichtlichen Ereigniskategorien quantitativ mit dem Ziel einer monetären Bewertung. Darüber hinaus werden qualitative Risikoindikatoren, die als Frühwarnindikatoren Aufschluss über die zukünftige Entwicklung der operationellen Risiken geben und auf potenziell kritische Risikofelder hinweisen, erfasst und überwacht.

Zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Schadensfällen, die aus dem Eintritt bestimmter operationeller Risiken resultieren, hat die IBB Versicherungen abgeschlossen.

### Risikokonzentrationen

Bei der Ausgestaltung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse der Bank werden die Auswirkungen vorhandener Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Zur Quantifizierung der Auswirkungen und der damit verbundenen Ansteckungsrisiken kommen in der IBB verschiedene Verfahren zur Anwendung. Im Fokus der Überwachung und Steuerung von Risikokonzentrationen stehen das Adress- und das Spreadrisiko. Risikokonzentrationen können aus Adress- oder Spreadrisiken entstehen, wenn der Anteil einzelner Kreditnehmer oder einer Gruppe von Kreditnehmern in Relation zu dem Gesamtportfolio groß ist oder einzelne Kreditnehmer oder eine Gruppe von Kreditnehmern demselben Wirtschaftszweig oder derselben geografischen Region angehören und somit von denselben systematischen Risikofaktoren abhängig sind.

In der IBB werden wesentliche Risikokonzentrationen anhand von Schwellenwerten bezüglich der marginalen Anteile am Bruttokreditbetrag (BKB) und der marginalen Risiken CVaR (Adress- bzw. Spreadrisiken) identifiziert. Im Rahmen der Risikoberichterstattung werden der Vorstand und das Aufsichtsorgan der IBB quartalsweise über die Entwicklung der Kennzahlen informiert.

Das Portfolio der IBB weist sowohl in Bezug auf einzelne Kreditnehmer als auch in Bezug auf Länder, Branchen, Kreditsicherheiten und Ertragsquellen eine ausgeprägte ungleiche Verteilung der Risiken auf. Das hohe Maß an Risikokonzentrationen in den Segmenten Mietwohnungsbau und Wirtschaftsförderung sowie die Konzentration auf Deutschland, insbesondere die Region Berlin, sind vor allem förderspezifisch sowie Ausdruck des Regionalbankencharakters der IBB und entsprechen der Geschäfts- als auch der Risikostrategie. Als Länderkonzentrationen wurden Frankreich und Österreich identifiziert.

*Länderkonzentrationen in Mio. Euro*

Adresse	BKB	CVaR	CSVaR
Frankreich	601,5	14,3	15,5
Österreich	642,5	21,9	7,4

Eine aktive Steuerung der Adressenrisikokonzentration im Kreditportfolio, beispielsweise durch Anwendung von Kreditverkäufen oder Verbriefung von Kreditforderungen, ist in der IBB insbesondere aufgrund förderspezifischer Restriktionen kaum möglich. Die Steuerung des Kreditportfolios fokussiert sich daher auf das Ausschöpfen des vorhandenen (Förder-)Neugeschäftspotenzials sowie auf eine intensive Kundenbetreuung für Kreditnehmer mit einem überdurchschnittlich hohen Risikoanteil.

Das Banksteuerungs- und Treasuryportfolio der IBB ist durch ein hohes Portfoliogewicht der Branche Banken geprägt. Dabei handelt es sich um eine gewünschte Konzentration, die sich aus der Geschäftsstrategie der Bank ergibt.

Im Rahmen der jährlich durchgeführten OpRisk-Inventur und der quartalsweise erfolgenden Bestimmung eines Operational Value at Risk ist die IBB in der Lage, aus operationellen Risiken, sowohl auf Organisationsebene als auch auf der Ebene der Baseler Ereigniskategorien, Risikokonzentrationen zu identifizieren. Bisher wurden dabei keine Risikokonzentrationen identifiziert, aus denen ein Handlungsbedarf resultiert.

**Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess**

Die Einrichtung und wirksame Unterhaltung des den Umständen und Risiken des Unternehmens angemessenen internen Kontrollsystems (IKS) sowie Risikomanagementsystems (RMS) bezogen auf den Rechnungslegungsprozess liegt in der Verantwortung des Bereiches Finanzen und Controlling und ist über Arbeitsanweisungen in allen Bereichen der Bank verankert.

Ziel eines rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS ist die Sicherstellung der Einhaltung der in Bezug auf die Rechnungslegung bestehenden Standards und Vorschriften sowie die Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung.

Das interne Kontrollsystem unterstützt die Effektivität und Effizienz der betrieblichen Tätigkeit, sichert die Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung und die Einhaltung maßgeblicher gesetzlicher Vorschriften sowie interner Managementvorgaben und dient dem Schutz des betrieblichen Vermögens.

Der Rechnungslegungsprozess, der sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses umfasst, ist in einer Schriftlich Fixierten Ordnung in Form von Handbüchern und Arbeitsanweisungen niedergelegt. Die regelmäßige Überwachung und Anpassung an gesetzliche und regulatorische Änderungen erfolgt durch den Bereich Finanzen und Controlling.

Der Rechnungslegungsprozess wird durch Standardsoftware unterstützt, die durch die Vergabe von kompetenzadäquaten Berechtigungen gegen unbefugte Zugriffe geschützt ist. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen ist ein Vier-Augen-Prinzip nach den betriebsinternen Erfordernissen gegeben, wobei eine laufende Weiterentwicklung erfolgt. Systematische Plausibilitätskontrollen, standardisierte Abstimmungsroutinen und Soll-Ist-Vergleiche dienen sowohl der Vollständigkeitskontrolle als auch der Fehlervermeidung und -entdeckung. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, Ausweis und der Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden. Die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte wird durch die Einbindung des Bereiches Finanzen und Controlling in den Neue-Produkte-Prozess sichergestellt.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar gegliedert. Die Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Fristen.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der internen Revision überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an die Geschäfts- und Bereichsleitung. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand unterrichtet.

Die Identifikation, Analyse und Bewertung von Risiken erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des Risikomanagements der operationellen Risiken. Als wesentlich bewertete Risikopotenziale werden im Rahmen der Risikoberichterstattung der Bank an den Vorstand kommuniziert, erforderliche Maßnahmen abgeleitet, deren Umsetzung wird überwacht.

#### **System- und Betriebsrisiken**

Die IT-Risiken werden insgesamt jährlich anhand einer IT-Risikoinventur bewertet und u. a. zur Entwicklung der IT-Strategie herangezogen. Außer dem Betriebsrisiko beeinflussen auch das Nutzen-/Wertbeitragsrisiko und das Projektrisiko für IT-relevante/-strategische Themen die Gesamtbewertung und ermöglichen verlässliche Prognosen für IT-relevante Entscheidungen.

Die System- und Betriebsrisiken werden über ein Monitoring der Einhaltung von Service-Level-Vereinbarungen gesteuert. Dabei sind verbindliche KPIs hinterlegt, die regelmäßig im Bereich IT auf Handlungsempfehlungen hin geprüft werden. IT-Risiken aus Hardware- und/oder Softwareausfällen wird sowohl durch organisatorische als auch durch technische Maßnahmen entgegengewirkt (gefächerte Rufbereitschaft der IT-Spezialisten, Redundanzen für die Hardware, umfangreiche Datensicherungen der unternehmenskritischen Anwendungen, Wartungsverträge mit kurzer Reaktionszeit). Auch im Geschäftsjahr 2015 wurde die Ausfallsicherheit der für die Bank wesentlichen Anwendungen (insbesondere des juristischen Systems SAP) und der zugehörigen Infrastruktur durch entsprechende Tests und Simulationen bestätigt. Zur Gewährleistung der Ausfallsicherheit stehen ein Back-up-RZ und eine Notstromversorgung sowie Lösungen zur Hochverfügbarkeit der Softwareprodukte zur Verfügung.

Die Gefahr des unautorisierten Zugriffs auf Unternehmensdaten wird durch Zugriffsrechte minimiert. Unbefugte Zugriffe von außen werden durch eine hochverfügbare DMZ (demilitarisierte Zone mit mehreren Firewalls) abgewehrt. Gegen Viren- und andere Schadprogramme wurden umfangreiche technische und organisatorische Maßnahmen implementiert. Sofern Schadsoftware dennoch auf einen IBB-internen Rechner gelangt, erfolgt hier die Eliminierung durch den Einsatz unterschiedlicher Virencanner. Dies wird täglich kontrolliert und dokumentiert. Bisher gibt es keinen Schaden durch sicherheitsrelevante Vorfälle. Die Notfallplanung wird regelmäßig an sich ändernden Rahmenbedingungen getestet.

Geordnete Arbeitsabläufe werden durch eindeutige Kompetenz-, Unterschriften- und Vertretungsregelungen sichergestellt. Basis der Regelungen und Verfahren sind die Vorgaben des Bundesamtes für Informationssicherheit (BSI) sowie anerkannte Standardvorgehensweisen (ITIL, CoBIT). Die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit sowie die Einhaltung der einschlägigen Regelungen werden kontinuierlich durch eine prozessunabhängige Prüfung und Beratung durch die interne Revision überwacht und gewährleistet.

Bezüglich der Einhaltung der Compliance-Regelungen zur Informationssicherheit (ISMS) hat die IBB einen Informationssicherheitsbeauftragten im Stab Unternehmenscompliance etabliert.

Weiteren möglichen Betriebsrisiken – zum Beispiel durch längeren Stromausfall, schwerwiegende IT-Störungen oder zur Abwehr einer Pandemie – begegnet die IBB mit einem geregelten Krisenmanagement.

### **Rechtsrisiken**

Rechtsrisiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Sie entstehen extern aus Veränderungen der Rechtslage und Rechtsbeziehungen sowie intern aus schadenstiftendem Fehlverhalten, unzureichender Rechtsanwendung oder Organisationsmängeln. Sie lassen sich vorrangig unterteilen in Risiken aus neuer Gesetzgebung und Rechtsprechung, Risiken aus Verträgen und Bescheiden und Haftungsrisiken.

Die Steuerung von Rechtsrisiken ist eine wesentliche Aufgabe des Stabs Recht. Zur Minimierung dieser Risiken werden die Bereiche und Abteilungen durch den Stab Recht unterstützt. Risiken aus bekannten, an die Bank herangetragenen Rechtsfragen sind durch Rückstellungen abgedeckt.

Die IBB hat die in der Vergangenheit erteilten Widerrufsbelehrungen vorsorglich überprüft und hierbei festgestellt, dass die verwendeten Texte weitgehend den gesetzlichen Muster-Widerrufsbelehrungen entsprechen. Auch vor dem Hintergrund, dass die von der IBB gewährten Förderdarlehen zinssubventioniert sind und ein Widerruf nebst Rückgewähr aller empfangenen Leistungen daher regelmäßig nicht im Kundeninteresse liegt, bestehen beim Komplex Widerrufsbelehrungen für die IBB keine erheblichen Rechtsrisiken.

Bei den von der IBB mit Privatkunden vereinbarten Bearbeitungsentgelten handelt es sich im Wesentlichen um so genannte Verwaltungskostenbeiträge, die in öffentlich-rechtlichen Förderungsrichtlinien geregelt und zum Gegenstand der Bewilligungen gemacht worden sind. Das Verwaltungsgericht Berlin hat im Jahr 2015 diverse gegen die IBB erhobene Rückzahlungsklagen abgewiesen und zur Begründung ausgeführt, dass der bestandskräftige Bewilligungsbescheid eine wirksame Rechtsgrundlage für die Verwaltungskostenbeiträge darstellt. Hierdurch wurde die Rechtsauffassung der IBB bestätigt. Alle Klagen und Mahnbescheide wurden bisher abgewiesen. Die Berufung gegen eine dieser Entscheidungen wurde zugelassen.

In einzelnen Fällen hat die IBB auch Bearbeitungsentgelte vereinnahmt, die nicht in den Förderrichtlinien vorgegeben waren. Die IBB geht nach den bisherigen Erfahrungen sicher davon aus, dass die gebildete Rückstellung den bestehenden rechtlichen Risiken ausreichend Rechnung trägt.

Bei mit gewerblichen Kunden vereinbarten Bearbeitungsentgelten existiert eine sehr uneinheitliche Rechtsprechungspraxis. Die IBB sah sich mit bisher zwei Verfahren konfrontiert, wovon eines bereits mit einem Urteil zu Gunsten der IBB geendet hat. Im Übrigen wurden in einem nach unserem Verständnis angemessenen Maße Rückstellungen gebildet und der Vertrieb wurde für die Vertragsgestaltung im Neugeschäft sensibilisiert.

Der Bundesgerichtshof hat am 19. Januar 2016 zwei Entscheidungen zur Unzulässigkeit von Vorfälligkeitsentschädigungen (VFE) gefällt. Danach ist im Bereich der Verbraucherkredite nach verzugsbedingter Darlehenskündigung durch die Bank die Erhebung einer Vorfälligkeitsentschädigung nicht zulässig. Außerdem sind Banken dazu verpflichtet, vereinbarte Sondertilgungsrechte bei der Berechnung der VFE zu Gunsten des Kunden zu berücksichtigen.

Beide Entscheidungen wurden auf Basis der vorliegenden Pressemitteilungen analysiert und das künftige Verfahren wurde mit den betroffenen Bereichen abgestimmt. Danach ist der Eintritt von Schäden für die IBB nicht zu erwarten, so dass kein Erfordernis für die Bildung von Rückstellungen besteht.

### Personalrisiken

Das Personalrisikomanagement dient der Identifikation und Überwachung von Personalrisiken. Durch geeignete Maßnahmen und Steuerung der Risiken sollen diese verhindert bzw. minimiert werden.

Um dies zu erreichen, orientiert sich sowohl die quantitative als auch die qualitative Personalausstattung an den betriebsinternen Erfordernissen, den Geschäftsaktivitäten sowie an der Risikosituation.

Der quantitative Personalbedarf wird einmal jährlich im Rahmen der Jahresplanung bestimmt und damit kontinuierlich fortgeschrieben.

Gleichzeitig sichert und steigert der an den Unternehmenszielen ausgerichtete Weiterbildungsprozess das Qualifikationsniveau der Beschäftigten. Der Schwerpunkt zur Gewinnung von Fachkräften liegt auf der Ausbildung und internen Nachwuchsförderung. Diese Maßnahmen sollen eine strukturierte und bedarfsorientierte Entwicklung fördern sowie einem möglichen Fachkräftemangel infolge der demografischen Entwicklung entgegenwirken. Durch eindeutige Prozesse für Vertretungsregelungen und Nachbesetzungen wird das potenzielle Risiko des Verlustes von Wissen erfolgreich vermieden.

Im Rahmen der Risikoinventur werden qualitative Personalrisiko-Indikatoren für operationelle Risiken bewertet und an den Vorstand berichtet.

Die Ausgestaltung der Vergütungssysteme in der IBB steht im Einklang mit den Zielen, die in den Strategien der IBB niedergelegt sind. Durch die Ausrichtung des Vergütungssystems sollen schädliche Anreize, die das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risikopositionen fördern könnten, vermieden werden.

Durch festgelegte Personalkennzahlen werden mögliche Personalrisiken transparent und somit steuerbar gemacht.

### Detailvereinbarung

Die Detailvereinbarung vom 16. April 2002 zwischen den ehemaligen Konzerngesellschaften der Bankgesellschaft und dem Land Berlin, die nach Maßgabe des § 45 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung in Teilen auch für die verselbstständigte IBB gilt, sieht für bestimmte Sachverhalte eine gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschaften gegenüber dem Land Berlin vor. Im Innenverhältnis wird die Haftungsverteilung zwischen den Gesellschaften durch die Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 geregelt, der die IBB am 10. August 2004 beigetreten ist. Nach dieser Vereinbarung richtet sich die Haftung nach den konkreten Verursachungsbeiträgen der jeweiligen Gesellschaft, so dass einer als Gesamtschuldnerin in Anspruch genommenen Gesellschaft Ausgleichsansprüche zustehen, wenn die Haftung gegenüber dem Land auf Rechtsverhältnissen beruht, an denen sie nicht oder in geringerem Maße beteiligt ist. Konkret haftet die IBB daher z. B. nicht für Auskünfte zu Kreditverhältnissen oder Abführungsverpflichtungen von Konzerngesellschaften, sofern sie den Kredit nicht vergeben hat oder an der Gesellschaft nicht beteiligt ist.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung war bis 2011 von der Landesbank Berlin AG ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. Euro an das Land Berlin zu zahlen. In 2012 wurde zwischen dem Land Berlin und der Bankgesellschaft Berlin (heute firmierend als Landesbank Berlin Holding AG) über die Höhe der ab 2012 zu zahlenden Avalprovision verhandelt. Da hierzu bislang keine Einigung erzielt werden konnte, bleibt es zunächst entsprechend der Detailvereinbarung bei dem bisherigen jährlichen Fixbetrag von 15 Mio. Euro.

Die Verteilung der Avalprovision ist ebenfalls in der Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 in Verbindung mit der Ergänzungsvereinbarung vom 10. August 2004 geregelt. Danach beteiligt sich die IBB an den Kosten in der Höhe, die dem Anteil der von ihr ausgereichten Kredite an dem Gesamtvolumen der von der Kreditgarantie des Landes erfassten Kreditverhältnisse entspricht. Die Laufzeit der Garantie endet spätestens 30 Jahre nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung.

#### **Zusammenfassende Darstellung der Risikolage**

In der IBB wurden für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Den Kreditrisiken wurde im Rahmen der Risikovorsorge durch angemessen gebildete Wertberichtigungen Rechnung getragen. Für alle Risiken wird ausreichend Kapital vorgehalten.

Aufgrund des vorhandenen Bestandes an hochliquiden Wertpapieren war die Liquiditätsversorgung der IBB im Geschäftsjahr 2015 jederzeit umfassend sichergestellt.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen hat die IBB im Berichtszeitraum eingehalten. Die Auslastung der Gesamtkapitalkennziffer gem. CRR betrug zwischen 16,5 % und 18,5 % und lag damit deutlich über dem geforderten Wert.

Die Auslastung des Risikolimits schwankte im Berichtsjahr moderat zwischen 50,9 % und 61,5 %. Ursächlich für die Schwankungen waren die Folgen der jährlichen Validierungshandlungen (bspw. Clustering im Spreadrisiko, neuer Marktdatenanbieter) sowie Effekte aus externen Einflüssen (bspw. Schwankung der risikolosen Zinsen, Rückgang und Einengung der Credit Spreads, Sitzlandprivilegierung).



# Bilanz

zum 31. Dezember 2015

Aktivseite in Tsd. Euro		31.12.2015	31.12.2014
<b>1. Barreserve</b>		<b>15.389</b>	<b>21.176</b>
a) Kassenbestand	4		5
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	15.385		21.171
darunter: bei der Deutschen Bundesbank:	15.385		21.171
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>		<b>2.108.781</b>	<b>2.153.215</b>
a) täglich fällig	243.150		284.475
b) andere Forderungen	1.865.631		1.868.740
<b>4. Forderungen an Kunden</b>		<b>12.417.361</b>	<b>13.483.102</b>
darunter:			
durch Grundpfandrechte gesichert:		6.390.835	6.847.257
Kommunalkredite:		4.494.763	5.072.415
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>		<b>4.243.037</b>	<b>4.020.849</b>
a) Geldmarktpapiere			
ab) von anderen Emittenten	0		34.912
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0		34.912
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten	1.099.103		1.116.791
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.099.103		1.116.791
bb) von anderen Emittenten	3.143.934		2.868.192
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	3.062.828		2.766.457
c) eigene Schuldverschreibungen	0		954
Nennbetrag	0		1.000
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>		<b>3.263</b>	<b>150.000</b>
<b>7. Beteiligungen</b>		<b>452</b>	<b>2.855</b>
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>		<b>107.957</b>	<b>95.457</b>
<b>9. Treuhandvermögen</b>		<b>190.556</b>	<b>169.024</b>
darunter: Treuhandkredite	190.556		169.024
<b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>		<b>1.346</b>	<b>1.624</b>
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.346		1.624
<b>12. Sachanlagen</b>		<b>26.156</b>	<b>26.603</b>
<b>14. Sonstige Vermögensgegenstände</b>		<b>1.523</b>	<b>1.199</b>
<b>15. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>17.453</b>	<b>22.572</b>
<b>Summe der Aktiva</b>		<b>19.133.274</b>	<b>20.147.676</b>

Passivseite in Tsd. Euro		31.12.2015	31.12.2014
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>		<b>3.896.329</b>	<b>3.377.615</b>
a) täglich fällig	56.895		27.570
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	3.839.434		3.350.045
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>		<b>7.379.117</b>	<b>8.079.572</b>
b) andere Verbindlichkeiten	873.407		935.241
ba) täglich fällig	6.505.710		7.144.330
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>		<b>6.442.070</b>	<b>7.332.492</b>
a) begebene Schuldverschreibungen	6.442.070		7.332.492
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>		<b>190.556</b>	<b>169.024</b>
darunter: Treuhandkredite	190.556		169.024
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>		<b>5.429</b>	<b>5.393</b>
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>106.811</b>	<b>107.763</b>
<b>7. Rückstellungen</b>		<b>177.964</b>	<b>193.463</b>
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	111.680		97.171
c) andere Rückstellungen	66.284		96.292
<b>11. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>		<b>204.311</b>	<b>204.311</b>
<b>12. Eigenkapital</b>		<b>730.687</b>	<b>678.043</b>
a) Eingefordertes Kapital			
Gezeichnetes Kapital	300.000		300.000
c) Gewinnrücklagen			
cd) andere Gewinnrücklagen (Zweckrücklage)	352.180		352.180
d) Bilanzgewinn	78.508		25.863
<b>Summe der Passiva</b>		<b>19.133.274</b>	<b>20.147.676</b>
<b>Posten unter dem Bilanzstrich</b>			
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>		<b>110.294</b>	<b>123.672</b>
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		110.294	123.672
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>		<b>428.529</b>	<b>825.137</b>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		428.529	825.137

# Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.12.2015

Aufwendungen in Tsd. Euro				Vorjahr
<b>1. Zinsaufwendungen</b>			<b>266.210</b>	<b>302.081</b>
darunter: verrechnete Erträge aus Negativ-Zinsen		2.054		195
<b>2. Provisionsaufwendungen</b>			<b>791</b>	<b>714</b>
<b>4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter		39.848		39.535
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung		9.248 2.398 49.096		9.009 2.417 48.544
b) andere Verwaltungsaufwendungen		27.937	<b>77.033</b>	<b>79.705</b>
<b>5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>			<b>4.299</b>	<b>3.647</b>
<b>6. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			<b>39.069</b>	<b>25.803</b>
<b>7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>			<b>35.735</b>	<b>25.366</b>
<b>8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>			<b>0</b>	<b>421</b>
<b>9. Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>			<b>0</b>	<b>1.268</b>
<b>12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>			<b>38</b>	<b>0</b>
<b>13. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen</b>			<b>17</b>	<b>65</b>
<b>15. Jahresüberschuss</b>			<b>78.508</b>	<b>25.863</b>
<b>Summe der Aufwendungen</b>			<b>501.700</b>	<b>464.933</b>
<b>Jahresüberschuss</b>			<b>78.508</b>	<b>25.863</b>
<b>Gewinnvortrag aus dem Vorjahr</b>			<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Bilanzgewinn</b>			<b>78.508</b>	<b>25.863</b>

Erträge in Tsd. Euro				Vorjahr
<b>1. Zinserträge aus</b>				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		323.737		366.766
darunter: verrechnete Aufwendungen aus Negativ-Zinsen		100		1
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		83.291		84.492
			<b>407.028</b>	<b>451.258</b>
<b>2. Laufende Erträge aus</b>				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere		11.000		0
b) Beteiligungen		2		2
			<b>11.002</b>	<b>2</b>
<b>4. Provisionserträge</b>			<b>5.420</b>	<b>6.720</b>
<b>7. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>			<b>618</b>	<b>0</b>
<b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>			<b>77.632</b>	<b>6.954</b>
<b>Summe der Erträge</b>			<b>501.700</b>	<b>464.933</b>

# Anhang für das Geschäftsjahr 2015

## Allgemeine Angaben

Die Investitionsbank Berlin (IBB) hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 nach handelsrechtlichen Vorschriften sowie unter Einhaltung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung wurden beachtet.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formblättern der RechKredV. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Formblatt 2 (Kontoform) gewählt.

## Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich zum Nominalbetrag angesetzt.

Agio- oder Disagiobeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst.

Anteilige Zinsen aus Zinsswaps werden periodengerecht abgegrenzt. Der Ausweis erfolgt saldiert je Vertrag unter den Positionen Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten oder Kunden. Die Erfolge aus Zinsderivaten werden im Zinsergebnis der Bank dargestellt. Ein- und ausgehende Close-out-Zahlungen werden mit Fälligkeit in voller Höhe ergebniswirksam vereinnahmt.

Negative Zinsen aus Forderungen bzw. aus Verbindlichkeiten werden ertragsmindernd bzw. aufwandsmindernd im Zinsertrag bzw. Zinsaufwand berücksichtigt.

Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Wertberichtigungen für Forderungen und Rückstellungen für außerbilanzielle Geschäfte Rechnung getragen. Darüber hinaus werden Wertberichtigungen für minderverzinsliche Forderungen aufgrund von Margenverzichten im Zusammenhang mit dem Fördergeschäft gebildet.

In Anlehnung an IAS 39 werden für erkennbare Adressrisiken bei signifikanten Forderungen Einzelwertberichtigungen und bei nicht signifikanten Forderungen pauschalierte Einzelwertberichtigungen gebildet. Zunächst wird geprüft, ob objektive Hinweise vorliegen, die auf eine Wertminderung schließen lassen. Im zweiten Schritt wird untersucht, ob die Forderung tatsächlich im Wert gemindert ist. Die Höhe der Einzelwertberichtigung wird durch Abzug des Barwerts aller noch erwarteten Zahlungseingänge vom Buchwert der Forderung ermittelt. Die Höhe der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird durch Multiplizieren des Buchwerts mit einer erwarteten Ausfallrate (loss given default) ermittelt.

Für latente Risiken im Forderungsbestand werden in Anlehnung an IAS 39 Portfoliowertberichtigungen in Höhe des erwarteten Ausfalls unter Berücksichtigung einer Ausfallwahrscheinlichkeit, einer Ausfallrate und eines Faktors für die Zeitspanne zwischen dem Erkennen des drohenden Ausfalls und dem Eintritt des Ausfallereignisses gebildet.

Auf Grundlage des Grundsatzes der Einzelbewertung gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB wurde bei Wertpapieren des Anlagevermögens von dem Wahlrecht nach § 340e Abs. 1 Satz 3 i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB (Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip) durchgängig Gebrauch gemacht. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die übrigen Finanzanlagen (Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen sowie Anteile an verbundenen Unternehmen) werden zu Anschaffungskosten angesetzt; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Die Stellungnahme IDW RS BFA 3 wurde im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung zum 31. Dezember 2015 in vollem Umfang beachtet. Zur Ermittlung einer eventuell erforderlichen Drohverlustrückstellung wird die barwertige Betrachtungsweise angewendet. Als Berechnungsgrundlage dient die wertorientierte Risikotragfähigkeit des Bankbuchs. Der Buchwert wird vom Nettovermögen abgezogen, die Risiko- und Verwaltungskosten sowie die institutspezifischen Refinanzierungskosten für fiktive Schließungsgeschäfte werden im erforderlichen Umfang berücksichtigt.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßig über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer, geringwertige Wirtschaftsgüter sofort abgeschrieben.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Die Berechnung der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen erfolgt durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (projected unit credit method) unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck. Dabei wurden ein Gehaltstrend/BBG-Trend in Höhe von 2,5 % und ein Rententrend in Höhe von 1,75 % (bzw. 1,0 % bei VBL-Zusagen) berücksichtigt. Der für die Bewertung verwendete Rechnungszins beträgt 3,89 %. Erfolgswirkungen aus der Änderung des Rechnungszinses werden im Zinsüberschuss erfasst. Erfolgswirkungen aus der Änderung sonstiger Bewertungsannahmen sind im Dienstzeitaufwand berücksichtigt. Der Zinsanteil an dem Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen wird in den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Die übrigen Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden abgezinst. Erfolgswirkungen aus der Änderung des Rechnungszinses werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Der Zinsanteil an dem Zuführungsbetrag zu den sonstigen Rückstellungen wird in den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

### *Grundsätze der Währungsumrechnung*

Die IBB schließt Geschäfte ausschließlich in Euro ab.

*Erläuterungen zur Bilanz**Fristengliederung gemäß § 9 RechKredV**Forderungen an Kreditinstitute (andere Forderungen)*

in Mio. Euro	31.12.2015	31.12.2014
bis drei Monate	568,3	301,9
mehr als drei Monate bis ein Jahr	860,7	963,9
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	316,7	441,1
mehr als fünf Jahre	119,9	161,8
<b>Summe</b>	<b>1.865,6</b>	<b>1.868,7</b>

*Forderungen an Kunden*

in Mio. Euro	31.12.2015	31.12.2014
bis drei Monate	933,6	1.007,8
mehr als drei Monate bis ein Jahr	334,1	615,8
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.215,9	2.401,9
mehr als fünf Jahre	8.933,8	9.457,6
<b>Summe</b>	<b>12.417,4</b>	<b>13.483,1</b>

*Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten  
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist*

in Mio. Euro	31.12.2015	31.12.2014
bis drei Monate	1.422,6	1.409,7
mehr als drei Monate bis ein Jahr	587,6	119,6
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	721,1	1.077,6
mehr als fünf Jahre	1.108,1	743,2
<b>Summe</b>	<b>3.839,4</b>	<b>3.350,1</b>

### *Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist*

in Mio. Euro	31.12.2015	31.12.2014
bis drei Monate	590,5	937,3
mehr als drei Monate bis ein Jahr	462,6	185,3
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	677,6	667,4
mehr als fünf Jahre	4.775,0	5.354,3
<b>Summe</b>	<b>6.505,7</b>	<b>7.144,3</b>

### *Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere*

in Mio. Euro	31.12.2015	31.12.2014
darunter: im Folgejahr fällig	928,8	715,6

### *Börsenfähige Wertpapiere*

In dem in der Bilanz stehenden Aktivposten sind im folgenden Umfang börsenfähige Wertpapiere enthalten:

in Mio. Euro	31.12.2015	31.12.2014
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.189,6	3.963,9
davon börsennotiert	4.189,6	3.939,0

Für Wertpapiere des Finanzanlagebestandes mit einem Buchwert in Höhe von 278,6 Mio. Euro (Vorjahr 30,1 Mio. Euro) wurden Marktwerte in Höhe von 277,3 Mio. Euro (Vorjahr 30,0 Mio. Euro) ermittelt. Außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 5 und 6 HGB wurden aufgrund fehlender nachhaltiger Bonitätsverschlechterungen nicht vorgenommen.

### *Im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) der zuständigen Notenbank für geldpolitische Instrumente als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände*

An die Deutsche Bundesbank wurden im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente Wertpapiere mit einem Nennbetrag in Höhe von 3.030,5 Mio. Euro (Vorjahr 2.807,5 Mio. Euro) verpfändet und Schuldscheindarlehen mit einem Nennbetrag in Höhe von 280,0 Mio. Euro (Vorjahr 578,5 Mio. Euro) abgetreten. Wie im Vorjahr wurden zum Stichtag keine Refinanzierungsgeschäfte in Anspruch genommen.



### *Pensionsgeschäfte*

Im Rahmen von echten Pensionsgeschäften wurden Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von 554,9 Mio. Euro (Vorjahr 763,1 Mio. Euro) in Pension gegeben.

### *Begebene Schuldverschreibungen*

in Mio. Euro	31.12.2015	31.12.2014
darunter: im Folgejahr fällig	1.645,0	2.214,0

### *Nachrangige Aktiva*

Der Posten Forderungen an Kunden enthält nachrangige Forderungen in Höhe von 1.170,4 Mio. Euro (Vorjahr 1.403,3 Mio. Euro), die analog zum Vorjahr in voller Höhe aus Erklärungen nach § 88 Abs. 3 II. WoBauG resultieren.

### *Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht*

in Mio. Euro	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0

in Mio. Euro	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13,1	18,5	0,0	0,0

**Anteilsbesitz der Investitionsbank Berlin gemäß § 285 Nr. 11 HGB**

Name/Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital in Tsd. Euro	Ergebnis in Tsd. Euro
<b>Verbundene Unternehmen</b>			
IBB-Holding GmbH, Berlin <sup>1,2</sup>	100,00	686,0	- 80,7
VC Fonds Berlin GmbH, Berlin <sup>3,5</sup>	100,00	12.263,6	1.199,9
VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, Berlin <sup>3,5</sup>	100,00	24.497,0	- 3.987,8
VC Fonds Technologie Berlin GmbH, Berlin <sup>3,5</sup>	100,00	48.355,1	- 3.210,8
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>2</sup>	100,00	115.079,3	517,9
IBB Business Team GmbH, Berlin <sup>1,2</sup>	100,00	200,0	0,0
BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbe- Infrastrukturmaßnahmen mbH, Berlin <sup>1,3</sup>	100,00	47,3	1,2
Immobilien-gesellschaft Spreestadt- Wegelystraße mbH, Berlin <sup>1,3</sup>	100,00	- 7.745,8	990,3
IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG, Berlin <sup>1,2</sup>	100,00	495,0	- 78,6
ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, Berlin <sup>1,2,4</sup>	81,00	- 11.502,1	- 509,2

Name/Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital in Tsd. Euro	Ergebnis in Tsd. Euro
<b>Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</b>			
Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam <sup>1,2</sup>	50,00	63,7	0,0
Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Berlin <sup>1,2</sup>	31,51	1.857,9	189,5
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin <sup>1,2</sup>	25,20	644,4	569,3
BerlinOnline Stadtportalbeteiligungs- gesellschaft mbH, Berlin <sup>1,2</sup>	25,20	35,6	1,9
Berlin Tourismus & Kongress GmbH, Berlin <sup>1,2</sup>	25,00	774,5	- 27,1
Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG, Berlin <sup>2</sup>	19,92	11.765,3	- 478,4

<sup>1</sup> Jahresabschluss 2014<sup>2</sup> unmittelbarer Anteilsbesitz der IBB<sup>3</sup> mittelbarer Anteilsbesitz<sup>4</sup> Gesellschaftsrechtliche Veränderung: Anteilserhöhung bei der ipal von 52,5% auf 81%; zum 31. Dezember 2015 bestand für die IBB ein weiteres Optionsrecht zur Anteilsübertragung; die Option wurde am 4. Januar 2016 ausgeübt und der Anteilsbesitz der IBB an der ipal auf 90,5% erhöht<sup>5</sup> Gesellschaftsrechtliche Veränderung: Einbringung der VC Fonds in die IBB Beteiligungsgesellschaft mbH

Der Anteil der IBB an den Stimmrechten in der Gesellschafterversammlung der Berlin Tourismus & Kongress GmbH beträgt 20,6 %. Der Anteil der IBB an den Stimmrechten in der Gesellschafterversammlung der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG beträgt 20,0 %. Bei allen anderen Gesellschaften entspricht der Kapitalanteil der IBB dem Anteil an den Stimmrechten.

### Treuhandvermögen

Die in dieser Position enthaltenen Beträge in Höhe von 190,6 Mio. Euro (Vorjahr 169,0 Mio. Euro) sind nach dem Formblatt 1 der RechKredV ausschließlich den Forderungen an Kunden zuzurechnen.

### Treuhandverbindlichkeiten

Die in dieser Position enthaltenen Beträge untergliedern sich nach dem Formblatt 1 der RechKredV wie folgt:

in Mio. Euro	31.12.2015	31.12.2014
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	190,6	168,9

### Entwicklung des Anlagevermögens

in Mio. Euro	Schuldver- schreibungen und andere fest- verzinsliche Wertpapiere	Aktien und sonstige nicht fest- verzinsliche Wertpapiere	Beteili- gungen	Anteile an verbun- denen Unter- nehmen	Imma- terielle Anlage- werte	Sach- anlagen	Summe
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten</b>							
Stand 01.01.2015	2.780,7	150,0	2,9	105,7	26,7	135,6	<b>3.201,6</b>
Zugänge	610,5	0,9	0,0	101,6	0,4	3,3	<b>716,7</b>
Umbuchungen <sup>1</sup>	0,0	2,4	-2,4	0,0	0,0	0,0	<b>0,0</b>
Abgänge	496,7	150,0	0,0	97,0	0,3	1,2	<b>745,2</b>
Stand 31.12.2015	2.894,5	3,3	0,5	110,3	26,8	137,7	<b>3.173,1</b>
<b>Abschreibungen und Zuschreibungen</b>							
Stand 01.01.2015	0,0	0,0	0,0	10,2	25,1	109,0	<b>144,3</b>
Zugang Abschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,1	0,7	3,6	<b>4,4</b>
Abgang Abschreibungen	0,0	0,0	0,0	8,0	0,3	1,1	<b>9,4</b>
Stand 31.12.2015 (kumulierte Abschreibungen)	0,0	0,0	0,0	2,3	25,5	111,5	<b>139,3</b>
<b>Buchwerte</b>							
Stand 31.12.2014 = 01.01.2015	2.780,7	150,0	2,9	95,5	1,6	26,6	<b>3.057,3</b>
<b>Stand 31.12.2015</b>	<b>2.894,5</b>	<b>3,3</b>	<b>0,5</b>	<b>108,0</b>	<b>1,3</b>	<b>26,2</b>	<b>3.033,8</b>

<sup>1</sup> Änderung des Ausweises der Beteiligung an der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG gemäß § 17 RechKredV, § 1 KAGB

Die Sachanlagen gliedern sich in Grundstücke und Gebäude (23,4 Mio. Euro; Vorjahr 24,0 Mio. Euro), die von der Bank überwiegend selbst genutzt werden, und Betriebs- und Geschäftsausstattung (2,8 Mio. Euro; Vorjahr 2,6 Mio. Euro).

Den Abschreibungssätzen liegen die folgenden Nutzungsdauern zugrunde:

	<b>Nutzungsdauer in Jahren</b>
Gebäude	25 bis 48
Hardware	3 bis 7
Software	3
sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 23

### ***Sonstige Vermögensgegenstände***

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen Gehaltszahlungen an Mitarbeiter für den Monat Januar 2016 in Höhe von 0,8 Mio. Euro (Vorjahr 0,8 Mio. Euro) sowie die Barsicherheit zum Restrukturierungsfonds in Höhe von 0,6 Mio. Euro (Vorjahr 0,0 Mio. Euro), der gemäß § 12 Abs. 5 des Restrukturierungsfondsgesetzes in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsansprüchen erbracht wurde.

### ***Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten***

Unter den aktiven Rechnungsabgrenzungen werden Posten nach § 250 Abs. 3 HGB in Höhe von 13,2 Mio. Euro (Vorjahr 16,8 Mio. Euro) und nach § 340e Abs. 2 Satz 3 HGB in Höhe von 1,2 Mio. Euro (Vorjahr 1,6 Mio. Euro) ausgewiesen.

### ***Sonstige Verbindlichkeiten***

Diese Position beinhaltet im Wesentlichen asservierte Darlehen nach § 17 des Berlinförderungsgesetzes in Höhe von 4,2 Mio. Euro (Vorjahr 4,2 Mio. Euro), Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt in Höhe von 0,7 Mio. Euro (Vorjahr 0,9 Mio. Euro) und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 0,5 Mio. Euro (Vorjahr 0,3 Mio. Euro).

### ***Passiver Rechnungsabgrenzungsposten***

Die passiven Rechnungsabgrenzungen enthalten Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Abs. 2 HGB in Höhe von 57,1 Mio. Euro (Vorjahr 95,6 Mio. Euro).

## Rückstellungen

Die IBB weist Rückstellungen für Pensionen in Höhe von 111,7 Mio. Euro (Vorjahr 97,2 Mio. Euro) aus. Die Pensionsrückstellungen sind vollständig dotiert.

Die anderen Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

in Mio. Euro	31.12.2015	31.12.2014
Rückstellungen im Kreditgeschäft	26,6	12,6
Rückstellungen im Personalbereich	16,1	19,2
Rückstellungen operationelle Risiken	2,7	3,0
Bedingt rückzahlbarer Zuschuss aus der Wirtschaftsförderung	0,0	40,1
Sonstige Rückstellungen	20,9	21,4
<b>Summe</b>	<b>66,3</b>	<b>96,3</b>

Bezüglich der Auflösung der Rückstellung für den bedingt rückzahlbaren Zuschuss aus der Wirtschaftsförderung verweisen wir auf unsere Erläuterungen zum sonstigen betrieblichen Ergebnis.

## Eventualverbindlichkeiten/Andere Verpflichtungen

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften in Höhe von 110,3 Mio. Euro (Vorjahr 123,7 Mio. Euro) und unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 428,5 Mio. Euro (Vorjahr 825,1 Mio. Euro) enthalten im Wesentlichen Verpflichtungen im Rahmen der Wohnungsbau- und Wirtschaftsförderung.

Für ungesicherte bzw. nicht ausreichend gesicherte Rückgriffsforderungen wurden aufgrund der nicht ausreichenden Bonität der Kreditnehmer Rückstellungen in Höhe von 0,1 Mio. Euro (Vorjahr 0,1 Mio. Euro) und für Kreditrisiken aus anderen Verpflichtungen Rückstellungen in Höhe von 0,8 Mio. Euro (Vorjahr 0,9 Mio. Euro) gebildet. Darüber hinaus wurden keine Risiken identifiziert.

## Verwaltungskredite/Verwaltungsbürgschaften

Zusätzlich zu den im Formblatt 1 gemäß § 2 Abs. 1 RechKredV vorgeschriebenen Ausweispositionen verwaltet die IBB im Rahmen von Förderprogrammen im Namen und für Rechnung des Landes Berlin Verwaltungsbürgschaften in Höhe von 959,0 Mio. Euro (Vorjahr 1.116,7 Mio. Euro). Verwaltungskredite waren wie im Vorjahr nicht im Bestand.

### *Derivative Geschäfte*

Die IBB hat zum Stichtag 31. Dezember 2015 folgende Derivate zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken in den Büchern, die nach der Marktbewertungsmethode bewertet wurden. Die Derivate bestehen ausschließlich mit Kontrahenten, die in OECD-Ländern ansässig sind.

in Mio. Euro	Restlaufzeiten			Nominalbetrag	Marktwerte
	≤ 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre		
Zinsswaps	2.419,2	6.380,7	6.662,6	15.462,5	-86,8

### *Anstaltslast und Refinanzierungsgarantie*

Das Land Berlin trägt die Anstaltslast, die die öffentlich-rechtliche Verpflichtung gegenüber der IBB enthält, ihre wirtschaftliche Basis jederzeit zu sichern und sie für die Dauer ihres Bestehens funktionsfähig zu erhalten. Gemäß § 3 Abs. 2 der Satzung der IBB haftet das Land Berlin für die von der IBB aufgenommenen Darlehen, Schuldverschreibungen, Termingeschäfte, Optionen und Swaps sowie andere Kredite an die IBB.

### *Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen*

Die Detailvereinbarung vom 16. April 2002 zwischen den ehemaligen Konzerngesellschaften der Bankgesellschaft und dem Land Berlin, die nach Maßgabe des § 45 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung in Teilen auch für die verselbstständigte IBB gilt, sieht für bestimmte Sachverhalte eine gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschaften gegenüber dem Land Berlin vor. Im Innenverhältnis wird die Haftungsverteilung zwischen den Gesellschaften durch die Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 geregelt, der die IBB am 10. August 2004 beigetreten ist. Nach dieser Vereinbarung richtet sich die Haftung nach den konkreten Verursachungsbeiträgen der jeweiligen Gesellschaft, so dass einer als Gesamtschuldnerin in Anspruch genommenen Gesellschaft Ausgleichsansprüche zustehen, wenn die Haftung gegenüber dem Land auf Rechtsverhältnissen beruht, an denen sie nicht oder in geringerem Maße beteiligt ist. Konkret haftet die IBB daher z. B. nicht für Auskünfte zu Kreditverhältnissen oder Abführungsverpflichtungen von Konzerngesellschaften, sofern sie den Kredit nicht vergeben hat oder an der Gesellschaft nicht beteiligt ist.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung war bis 2011 von der Landesbank Berlin Holding AG ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. Euro an das Land Berlin zu zahlen. In 2012 wurde zwischen dem Land Berlin und der Bankgesellschaft Berlin (heute firmierend als Landesbank Berlin Holding AG) über die Höhe der ab 2012 zu zahlenden Avalprovision verhandelt. Da hierzu bislang keine Einigung erzielt werden konnte, bleibt es zunächst entsprechend der Detailvereinbarung bei dem bisherigen jährlichen Fixbetrag von 15 Mio. Euro.

Die Verteilung der Avalkosten ist ebenfalls in der Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 in Verbindung mit der Ergänzungsvereinbarung vom 10. August 2004 geregelt. Danach beteiligt sich die IBB an den Kosten in der Höhe, die dem Anteil der von ihr ausgereichten Kredite an dem Gesamtvolumen der von der Kreditgarantie des Landes erfassten Kreditverhältnisse entspricht. Die Laufzeit der Garantie endet spätestens 30 Jahre nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung.

Unter die Detailvereinbarung fallen in der Bilanz zum 31. Dezember 2015 als Kommunalkredite ausgewiesene Darlehen in Höhe von 1.223,3 Mio. Euro (Vorjahr 1.285,2 Mio. Euro), für die offene Auszahlungsverpflichtungen in Höhe von 230,9 Mio. Euro (Vorjahr 270,8 Mio. Euro) bestehen, sowie Bürgschaften in Höhe von 5,7 Mio. Euro (Vorjahr 8,2 Mio. Euro).

Zum Stichtag bestanden offene Einzahlungsverpflichtungen aus der Beteiligung an der IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG in Höhe von 7,7 Mio. Euro (Vorjahr 7,9 Mio. Euro) sowie aus der Beteiligung an der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG in Höhe von 1,6 Mio. Euro (Vorjahr 2,5 Mio. Euro). Für die offenen Einzahlungsverpflichtungen aus der Beteiligung an der IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG wurde eine Rückstellung in Höhe von 50 Tsd. Euro (Vorjahr 200 Tsd. Euro) gebildet.

Weitere finanzielle Verpflichtungen, die weder in der Bilanz noch unter dem Strich ausgewiesen sind, sind für die Beurteilung der Finanzlage nur von untergeordneter Bedeutung.

### Erläuterungen zu einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

#### Zinsüberschuss

in Mio. Euro	2015	2014
<b>Zinserträge aus:</b>		
Forderungen an Kreditinstitute	18,9	22,4
Forderungen an Kunden	298,5	344,3
Schuldverschreibungen und anderen festverzinsliche Anleihen	83,3	84,5
Periodenfremde Zinserträge	6,3	0,0
<b>Summe Zinserträge <sup>1</sup></b>	<b>407,0</b>	<b>451,2</b>
<b>Zinsaufwendungen für:</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	54,8	64,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	93,8	102,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	42,4	59,7
Derivative Geschäfte	57,0	61,9
Aufzinsung Rückstellungen	18,0	13,5
Sonstiger Zinsaufwand	0,2	0,4
<b>Summe Zinsaufwendungen <sup>2</sup></b>	<b>266,2</b>	<b>302,1</b>
<b>Zinsüberschuss</b>	<b>140,8</b>	<b>149,1</b>

<sup>1</sup> hierin verrechnete negative Zinserträge 0,1 Mio. Euro (Vorjahr 0,0 Mio. Euro)

<sup>2</sup> hierin verrechnete negative Zinsaufwendungen 2,1 Mio. Euro (Vorjahr 0,2 Mio. Euro)

**Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren**

Im Geschäftsjahr erfolgte eine Ausschüttung aus dem Spezialfonds „DeAM-Fonds IBB Corp“ in Höhe von 11,0 Mio. Euro (Vorjahr 0,0 Mio. Euro). Die Fondsanteile wurden zum 30. September 2015 vollständig zurückgegeben.

**Provisionsüberschuss**

in Mio. Euro	2015	2014
<b>Provisionserträge aus:</b>		
Kreditgeschäft	3,4	4,7
Avale	1,9	1,9
Sonstiges	0,1	0,1
<b>Summe Provisionserträge</b>	<b>5,4</b>	<b>6,7</b>
<b>Provisionsaufwendungen für:</b>		
Kreditgeschäft	0,4	0,3
Wertpapiergeschäft	0,4	0,4
<b>Summe Provisionsaufwendungen</b>	<b>0,8</b>	<b>0,7</b>
<b>Provisionsüberschuss</b>	<b>4,6</b>	<b>6,0</b>

**Sonstiges betriebliches Ergebnis**

in Mio. Euro	2015	2014
<b>Sonstige betriebliche Erträge:</b>		
Auflösung von Rückstellungen	44,3	2,9
Aufwandsersatzungen aus EFRE-Fonds	16,1	0,0
Vereinnahmung von Zuschüssen VC Fonds	12,5	0,0
Periodenfremde Erträge	0,9	2,0
Sonstige	3,8	2,1
<b>Summe sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>77,6</b>	<b>7,0</b>
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen:</b>		
Detail- und Innenausgleichsvereinbarung mit dem Land Berlin		
a) Avalprovision	6,8	6,8
b) Zuführung zur Rückstellung	8,5	1,9
Berlin-Beitrag der IBB	14,2	14,6
Ertragsabführungen an EFRE-Fonds	4,1	0,0
Sonstige	5,5	2,5
<b>Summe sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>39,1</b>	<b>25,8</b>
<b>Sonstiges betriebliches Ergebnis</b>	<b>38,5</b>	<b>- 18,8</b>



Mit Änderungsvertrag vom 22. Dezember 2015 mit dem Land Berlin konnte die Rückstellung für die bedingt rückzahlbaren Zuwendungen für die VC Fonds in Höhe von 40,1 Mio. Euro aufgelöst werden. Die Aufhebung der bedingten Rückzahlungspflicht erstreckt sich auch auf die in 2015 erhaltenen Zuschüsse für die VC Fonds in Höhe von 12,5 Mio. Euro. Die gesamten Mittel stehen der IBB nun dauerhaft zur Durchführung ihres Förderauftrages zur Verfügung.

Auf Grundlage von Durchführungsvereinbarungen mit dem Land Berlin für EFRE-Fonds ist die IBB berechtigt, sich vertraglich definierte Kosten erstatten zu lassen. Gleichzeitig ergeben sich hieraus auch Verpflichtungen zur Abführung von definierten Erträgen. Hierdurch sind der IBB in 2015 per Saldo Erträge über 12,0 Mio. Euro zugeflossen.

### *Geographische Märkte*

Auf eine geographische Aufgliederung der Gesamtbeträge der Ertragsposten nach § 34 Abs. 2 Nr. 1 RechKredV wurde verzichtet, da die IBB keine Auslandsfilialen unterhält.

### *Sonstige Angaben*

#### *Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt*

<b>Beschäftigtengruppe</b>	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>Vorjahresdurchschnitt</b>
Vollzeitbeschäftigte	422	418
Teilzeitbeschäftigte	173	172
<b>Summe ohne Azubis</b>	<b>595</b>	<b>590</b>
Auszubildende	30	32
<b>Summe gesamt</b>	<b>625</b>	<b>622</b>

**Bezüge des Vorstands und des Verwaltungsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite**

Dem Vorstand wurden im Geschäftsjahr 2015 folgende Bezüge gewährt:

in Tsd. Euro	2015			2014
	Gesamtvergütung	davon fixe Vergütung	davon variable Vergütung	Gesamtvergütung
<b>Dr. Jürgen Allerkamp</b>				
Gehalt	400,0	400,0	0,0	0,0
Erfolgsvergütung	100,0	50,0	50,0	0,0
Sachbezüge	10,7	10,7	0,0	0,0
	510,7	460,7	50,0	0,0
<b>Sonja Kardorf</b>				
Gehalt	307,4	307,4	0,0	153,0
Erfolgsvergütung	80,0	0,0	80,0	40,0
Sachbezüge	10,2	10,2	0,0	4,8
	397,6	317,6	80,0	197,8
<b>Rolf Friedhofen</b>				
Gehalt	0,0	0,0	0,0	342,7
Nebenleistungen	0,0	0,0	0,0	42,8
Sachbezüge	0,0	0,0	0,0	9,8
	0,0	0,0	0,0	395,3
<b>Ulrich Kissing</b>				
Gehalt	0,0	0,0	0,0	90,9
Nebenleistungen <sup>1</sup>	0,0	0,0	0,0	-17,4
Erfolgsvergütung	0,0	0,0	0,0	0,0
Sachbezüge	0,0	0,0	0,0	0,0
	0,0	0,0	0,0	73,5
<b>Dr. Frank Schneider</b>				
Gehalt	0,0	0,0	0,0	74,7
Erfolgsvergütung	0,0	0,0	0,0	108,8
Nebenleistungen <sup>1</sup>	0,0	0,0	0,0	-33,3
Versicherungsentgelte	0,0	0,0	0,0	16,7
Sachbezüge	0,0	0,0	0,0	6,4
	0,0	0,0	0,0	173,3
	<b>908,3</b>	<b>778,3</b>	<b>130,0</b>	<b>839,9</b>

<sup>1</sup> Die negativen Beträge ergeben sich aus Rückzahlungen der jeweiligen Vorstände.

Die Zahlung einer variablen Erfolgsvergütung erfolgt auf Basis einer jährlich abzuschließenden Zielvereinbarung. Die Zielvereinbarung ist nach unterschiedlichen Kriterien gewichtet. Sie berücksichtigt sowohl die Gesamtleistung als auch individuelle Ziele. Hierzu gehören unter anderem die wirtschaftliche Ertragskraft der Bank als auch strategische Ziele.

Bei einer Zielerreichung von 100 % ist die variable Erfolgsvergütung im vollen Umfang in Höhe der Vorjahresvergütung festzusetzen. Bei Zielunterschreitungen ist die variable Erfolgsvergütung entsprechend einer im Rahmen der Zielvereinbarung festgelegten Staffelung anteilig festzusetzen.

An frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen wurden im Geschäftsjahr 2015 folgende Bezüge gezahlt und Rückstellungen gebildet:

in Tsd. Euro	2015	2014
Gesamtbezüge früherer Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen (inklusive Zuführung zu Rückstellungen)	504,9	486,7
Rückstellungen für Pensionen früherer Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen	6.742,1	6.314,2

An die Mitglieder des Verwaltungsrats wurden folgende Aufwandsentschädigungen gezahlt:

in Tsd. Euro	2015	2014
Cornelia Yzer	12,0	7,5
Andreas Geisel	6,3	0,0
Dr. Margaretha Sudhof	6,0	3,8
Dr. Dietrich Rümker	14,5	6,6
Michaela Maria Eder von Grafenstein	8,0	5,0
Maren Kern	2,0	0,0
Michael Bomke	8,0	5,0
Nadja Bernstein	8,0	5,0
Swen Hoffmann	6,0	3,8
Michael Müller	1,2	5,2
Karin Dietz	0,0	0,3
	<b>72,0</b>	<b>42,2</b>

Mitgliedern des Vorstands und Verwaltungsrats wurden wie im Vorjahr keine Vorschüsse und Kredite gewährt.

### ***Angabe des im Geschäftsjahr von dem Abschlussprüfer berechneten Gesamthonorars***

Für das Geschäftsjahr 2015 wurde im Aufwand ein Gesamthonorar von 327,7 Tsd. Euro (Vorjahr 360,6 Tsd. Euro) erfasst. Davon entfallen auf die Jahres- und Konzernabschlussprüfung 278,4 Tsd. Euro (Vorjahr 309,3 Tsd. Euro), auf andere Bestätigungsleistungen 9,7 Tsd. Euro (Vorjahr 9,2 Tsd. Euro) und auf sonstige Leistungen 39,6 Tsd. Euro (Vorjahr 42,1 Tsd. Euro).

### ***Berliner Corporate Governance Kodex***

Nach § 7 Abs. 4 der Satzung der IBB vom 2. September 2004 in der Fassung vom 7. September 2010 wenden der Vorstand und der Verwaltungsrat den Corporate Governance Kodex (CGK) in der jeweiligen von der Senatsverwaltung für Finanzen herausgegebenen Fassung an. Die Regelungen zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK), welche Bestandteil der „Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen“ sind, wurden am 15. Dezember 2015 vom Senat von Berlin beschlossen. Die Entsprechenserklärung ist auf der Internetseite der IBB veröffentlicht.

### ***Offenlegung durch die Institute (Säule 3)***

Die nach den Artikeln 435 bis 455 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 in der jeweils geltenden Fassung sowie nach § 26a KWG erforderlichen Angaben werden in einem hierfür erstellten Offenlegungsbericht gemacht. Der Bericht ist auf der Internetseite der IBB veröffentlicht.

# Organe der Investitionsbank Berlin

## Vorstand

---

**Dr. Jürgen Allerkamp**  
Vorsitzender des Vorstands

**Sonja Kardorf**  
Mitglied des Vorstands

## Verwaltungsrat

---

**Cornelia Yzer**  
(Vorsitzende)  
Senatorin für Wirtschaft, Technologie  
und Forschung des Landes Berlin

**Andreas Geisel**  
(stellvertretender Vorsitzender)  
(ab 24. März 2015)  
Senator für Stadtentwicklung  
und Umwelt des Landes Berlin

**Michael Müller**  
(stellvertretender Vorsitzender)  
(bis 3. Februar 2015)  
Regierender Bürgermeister von Berlin

**Dr. Margaretha Sudhof**  
Staatssekretärin der Senatsverwaltung  
für Finanzen des Landes Berlin

**Dr. Dietrich Rümker**  
Vorsitzender des Vorstands i.R.  
der Landesbank Schleswig-Holstein  
(seit 2003: HSH Nordbank AG)

**Michaela Maria Eder von Grafenstein**  
Chief Risk Officer  
der Aquila Gruppe

**Maren Kern**  
(ab 29. September 2015)  
Mitglied des Vorstands des BBU  
Verband Berlin-Brandenburgischer  
Wohnungsunternehmen e.V.

**Michael Bomke**  
Vorsitzender des Personalrats  
der Investitionsbank Berlin

**Nadja Bernstein**  
Mitglied des Personalrats  
der Investitionsbank Berlin

**Swen Hoffmann**  
Mitarbeiter der  
Investitionsbank Berlin

# Mandate der Mitglieder des Vorstands der Investitionsbank Berlin

**Dr. Jürgen Allerkamp**  
Vorsitzender des Aufsichtsrats  
Neue Dorint GmbH

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats  
Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH  
(ab 13. Januar 2015)

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats  
Indus Holding AG

Mitglied des Aufsichtsrats  
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH  
(ab 13. Januar 2015)

Berlin, den 26. Februar 2016



Dr. Jürgen Allerkamp  
Vorsitzender des Vorstands



Sonja Kardorf  
Mitglied des Vorstands

# Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Investitionsbank Berlin, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 29. Februar 2016

PricewaterhouseCoopers  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt  
Wirtschaftsprüfer

ppa. Ursel von Randow  
Wirtschaftsprüferin

# Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Berlin, den 26. Februar 2016



Dr. Jürgen Allerkamp  
Vorsitzender des Vorstands



Sonja Kardorf  
Mitglied des Vorstands



---

# Impressum

---

## Herausgeber

Investitionsbank Berlin  
Unternehmenskommunikation  
Bundesallee 210  
10719 Berlin  
Telefon: 030 2125-0  
Telefax: 030 2125-2020  
[www.ibb.de](http://www.ibb.de)

## Konzeption und Gestaltung

Heimrich & Hannot GmbH  
Stralauer Allee 2  
10245 Berlin  
[www.heimrich-hannot.de](http://www.heimrich-hannot.de)

Investitionsbank Berlin  
Bundesallee 210  
10719 Berlin

Telefon: 030 2125-0  
Telefax: 030 2125-2020

[www.ibb.de](http://www.ibb.de)

